

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wafer, Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal, unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verordng. Preussische für 1893 unter Nr. 4708.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 4156.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 12. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Eine Fabrikinspektoren-Debatte

hat sich, wie alljährlich beim Etat des Reichsamts des Innern, so auch am 7. und 9. d. M. wieder im Reichstage abgespielt. Sie dürfte die dreizehnte seit 1879 sein, seitdem die Fabrikinspektion durch Revision der Gewerbe-Ordnung für alle deutschen Bundesstaaten obligatorisch gemacht wurde und diese Unglückszahl scheint so etwas wie Einfluß auf die Diskussion gehabt zu haben. Mit Ausnahme des Genossen Wurm, der eine wahrhaft vortreffliche Rede hielt, zeichneten sich nämlich die Redner sämtlicher anderen Parteien durch eine traurige Unwissenheit und eine langweilige Rede ihrer Äußerungen aus, die ungefähr im Verhältnis zu der Unentwickeltheit der deutschen Fabrikaufsicht nach dreizehnjähriger Existenz stand. Da es nicht möglich war, bei der Staatsberatung im Reichstag alle Ungereimtheiten unserer Gegner bloßzustellen, so sei einiges noch hier nachgeholt.

Von einer grandiosen Redheit diktiert war zunächst die allgemeine Äußerung des verfehlten Abgeordneten und Oberstaatsanwalts Hartmann aus Planen im guten Sachsen, daß die sozialdemokratische Presse die Fabrikinspektoren feindselig behandle. Nur absolute Unwissenheit mit souveräner Ueberhebung kann so etwas behaupten. Die sozialdemokratische Presse widmet allen Vorgängen innerhalb der deutschen Fabrikinspektion eine Aufmerksamkeit, wie sie die gesamte „große“ bürgerliche Presse sich nicht zum zehnten Teil leistet. Treffende Äußerungen aus Fabrikinspektorenmunde, selbst wenn sie von sonst nicht beliebten Beamten kommen, werden in der sozialdemokratischen Presse stets anerkennend hervorgehoben, während sie die Bourgeoispresse, allen voran die dem Abgeordneten Hartmann nahestehende Presse, sie meistens todt-schweigend. Die Arbeiterblätter haben sich beinahe ein eigenes Spezialstudium aus der Lektüre der Inspektorenberichte gemacht. Sozialdemokratische Arbeiterorganisationen haben in Süddeutschland und in Sachsen eigene Kommissionen gebildet, die mit den Aufsichtsbeamten im Namen der Arbeiter verkehren und so die Letzteren vor Maßregelungen schützen. Die heftigen, die württembergischen und der badische Beamte verhandeln regelmäßig mit diesen Kommissionen, und eine ganze Reihe deutscher Inspektoren mögen hübsch den Kopf geschüttelt haben, als sie den blühenden Unsinn lasen, den der Abg. Hartmann in seiner Ignoranz von sich gab. Freilich kam gleich hinter dem Ignoranten aus Sachsen der liebenswürdige Staatssekretär hermarschirt, Herr v. Bötticher. Offenbar ohne jede Ahnung von dem bereits bestehenden Verkehr zwischen Arbeitskommissionen und Inspektoren, namentlich in Süddeutschland, meinte der Herr Staatsminister, die Inspektoren könnten doch nicht dadurch Vertrauensmänner der Arbeiter werden, daß sie sich mit den Arbeitervereinen in fortlaufende Fühlung setzen. Haben Sie denn die ganzen letzten Jahre geschlafen, verehrter Herr Staatsminister, weil Sie übersehen, daß dasjenige, was Sie für nicht möglich

erklären, längst in seinen Anfängen vorhanden ist? Zum Glück besteht ja die deutsche Fabrikinspektion nicht bloß aus der preussischen. Von der erzählte Genosse Wurm die bekannte Jägergeschichte aus Köln, und diese schien dem Herrn Staatssekretär so fatal zu sein, daß er sich vorsichtig über dieselbe — ausschmeiß! Nein, außerhals Preußens leben immer auch noch Menschen und vor allem zum Teil bessere Fabrikinspektoren, und es ist eigentlich nicht recht erlaubt, daß ein Staatssekretär des Innern von deren regelmäßigem Verkehr mit den Arbeitern gar nichts weiß. Freilich gilt dies nicht von Sachsen; aber da schon Herr von Bötticher, der wirklich einmal einen der bekannten Berliner Instruktionkurse für Inspektoren mitnehmen sollte, wieder in anderer Beziehung gründlich daneben. Die Erfahrungen in Sachsen sind sehr gut, dies große Wort sprach der Herr Staatsminister bezüglich der Verbindung der Dampfesselrevision mit der Fabrikinspektion gelassen aus. Man könnte beinahe Erbarmen mit dieser kindlichen Unschuld fühlen. Gute Erfahrungen — wo jeder neue Verichtsband aus Sachsen die Dürftigkeit der sozialpolitischen Beobachtungen der beinahe 80 sächsischen Aufsichtsbeamten zeigt, und wo als Erklärung gleich die Tabelle daneben steht: 10 254 Amtshandlungen im letzten Jahre mit bezug auf die Dampfesselrevision allein! Was kann da für die Arbeiterverhältnisse an Zeit übrig bleiben? Deshalb wollen wir gar nicht verlangen, daß der Herr Staatsminister etwas weiß von der Nothwendigkeit der vorherigen Anmeldung der meisten Kesselrevisionen in den Fabriken, wodurch jede unverhoffte Revision der Arbeiterverhältnisse illusorisch wird oder daß ihm etwas davon bekannt ist, wie sehr die Kesselrevision körperlich anstrengt, sodaß von einer anderweitigen Thätigkeit nach Erledigung derselben nicht viel mehr die Rede sein kann u. s. w. Kurz — mit Ruhm hat sich Herr von Bötticher in der Inspektorenrede nicht bedeckt, und damit kommen wir zu einer Hauptsache, welche die Aufsichtsbeamten von oben her, namentlich in Preußen drückt: die ungeheure Unwissenheit und Beschränktheit der oberen Behörden, welche selbst tüchtige, das Beste wollende Inspektoren nicht aufkommen läßt und ihre Fühlungsversuche mit den Arbeitern so unterdrückt, wie in Köln — um sich dann über die Sache auszusprechen. Ein solches System hat und verdient den vollen Beifall des Unternehmerabgeordneten Möller, der noch einmal, wie der Esel nach dem toten Löwen, nach dem Kölner Inspektor und dem badischen Aufsichtsbeamten anschlug, nachdem die Unternehmerngenossen des aus Versehen gewählten Herrn Möller in Rheinland und Baden doch schon das Nöthige in der Vernehmung dieser Beamten besorgt haben. Wenn übrigens der maleolose Herr Möller dem badischen Inspektor den Betrüger Händler an die Rockschöße hängen wollte, weil beide zusammen einmal eine Fabrik besucht haben, so soll doch dieser Herr aus Rheinland-Westfalen an das Korps von Generalsekretären und Betriebsbeamten erinnert werden,

daß als Schmaroherpflanze am Leib des westfälischen Proletthums in den Unternehmervereinen und in den — Baareprozeßen eine so schöne Rolle gespielt hat.

Damit sollen nur einige Blüten vom Baume der patentirten Unkenntnis nachgepflückt sein, mit welcher die Nichtarbeitervertreter letzter Tage im Reichstag von der Fabrikinspektion sprachen. Wenn sie auf grund dieses fundamentalen Nichtwissens in allerlei schönen Worten einig sind, daß der Verwendung von Frauen, Arbeitern u. als Inspektoren „grundsätzliche Bedenken nicht entgegenstünden“, so wissen wir, was wir davon zu halten haben. Herr v. Berlepsch stellt doch in Preußen ruhig weiter seine drei Mal geachteten Regierungsbaumeister an, bei der nächsten Inspektorenrede wird von neuem behauptet, daß alles auf's Trefflichste eingerichtet sei, und Herr Lingenß kann es am Ende sogar noch erleben, daß die Beamten wirklich den Auftrag bekommen, über die „religiösen Verhältnisse“ der Arbeiter zu berichten, weil sonst doch gar zu wenig für die Beamten zu thun ist. Es lebe die christliche, preussisch-deutsche Sozialreform!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar.

Aus dem Reichstage. Der gestrige und heutige Tag wurde ausgefüllt mit Debatten über die Sonntagsruhe, wobei zwischen durch es auch zu recht scharfen Auseinandersetzungen über gewisse Vorschriften in den Arbeitsordnungen der Staatswerkstätten kam. Unsere Leser kennen jene famosen Ausnahmebestimmungen, wonach Arbeiter, welche sich an sozialdemokratischen Bestrebungen (worunter in erster Linie alle Koalitionsbestrebungen verstanden werden) betheiligen, in bezug auf Arbeitsgelegenheit für vogelfrei erklärt werden. Von dem Abgeordneten Bebel wurden eine Reihe solcher Bestimmungen vorgebracht und nach gebührender Kritik an die Regierung die Frage gerichtet, wie sie sich zu solchen, die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitsordnungen geradezu verlegenden Bestimmungen stelle?

Wie nicht anders zu erwarten, hat der Handelsminister auch für dieses Vorgehen entschuldigende, ja sogar anerkennende Worte. Da Herr von Berlepsch der eigentliche Repräsentant der herrschenden „Sozialreform“ ist, so werden die Arbeiter besonders gut thun, sich die Worte des Herrn Ministers zu merken. Interessant ist uns, daß sogar Herr von Stumm dem Vorgehen der Leiter der Staatswerkstätten keinen rechten Geschmack abgewinnt. Dummgeschlau, wie es die Art dieses Herrn ist, meint er: so etwas thut man, sagt es aber nicht. Herr von Stumm findet es natürlich für ganz in der Ordnung, daß man die sozialdemokratischen Arbeiter mit Stockprügeln auf den Wagen straft, er giebt aber der Regierung den Rath, die Bestimmung praktisch zu üben, sie aber nicht in ihre Arbeitsordnungen aufzunehmen.

Feuilleton.

Wochendruck verboten.)

13

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniaf.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Sinaida Petrowna,“ sagte Nepin, welcher den Zug schloß, „ich habe Sie noch etwas zu fragen — bitte, halten Sie einen Moment inne. Tanja,“ fügte er hinzu, „schicke uns hierher den Thee.“

Er wollte ganz genau die Einzelheiten über die Angelegenheit ihres Mannes, für den er aufrichtige Achtung empfand, wissen und fragen, ob er ihm nicht irgendwie nützlich sein könnte.

Sinaida errieth, was er wollte. Ueber ihre eigene Angelegenheit, welche vorerst verfahren, war nicht viel zu sagen, aber sie wollte mit Nepin ein anderes Gespräch in Ruhe führen. Sie hatte die Angelegenheit der beiden Schwestern Polivanow zu ordnen, die Gendarmerie war geneigt, sie gegen eine Bürgschaft freizulassen, da nach einer zweijährigen Verhaftung noch keine Beweise gegen sie erbracht werden konnten. Es handelte sich besonders darum, sofort gute Bürgschaften zu finden, da die Gesundheit der Mädchen sehr gelitten hatte. Sinaida erwartete, daß Nepin eine Bürgschaft wohl übernehmen würde, aber er hatte dann noch eine andere zu beschaffen. Außerdem wollte sie, daß er vom Staatsanwalt Informationen über das Geschick einiger einholen, die in dem letzten politischen Prozeß verurtheilt

und heimlich, ohne daß jemand wußte wohin, verschickt worden waren.

Aus dem Eßzimmer drangen die fröhlichen Stimmen und das Gelächter der jungen Leute zu Nepin und Sina. Gregor fiel mit Krivoluzky über des Professors Stedenpferd her, daß die Arbeiterbewegung in Rußland solange ausichtslos sei, bis die russischen Bauern vollständig zu landlosen Proletariern, die dem Joch der Kapitalisten unterworfen sind, herabgedrückt seien.

Gregor führte die Debatte, die beiden anderen horchten, — Tanja mit der angestrengten Aufmerksamkeit eines Neulings, der sich sehr bemüht, die gelehrten Arbeiten eines Professors zu verstehen; Andrej mit einem natürlichen Interesse für diese gelehrte Schule richtete dann und wann kurze Fragen an Krivoluzky, überließ jedoch das Feld bald seinem Freunde. Gregor war ein prächtiger Debatteur, denn sein ungeheures Gedächtniß ermöglichte ihm, die geringsten Details aus den längsten Reden seines Gegners zu behalten.

Andrej warf hier und da Worte hinein, aber sein Interesse erschlaffte, er hatte nichts oder sehr wenig von dieser heftigen Streitleidenschaft, welche den Russen in Ermangelung einer anderen Gelegenheit ihre Energie zu zeigen, eigen ist.

Er freute sich, als Sina, nachdem ihre Besprechung mit dem Advokaten zu ihrer augenscheinlichen Zufriedenheit beendet war, in der Thür erschien. Nepin folgte ihr.

„Nun, wie sieht die Angelegenheit?“ fragte er die Disputirenden. „Sind die Geschick Rußlands schon bestimmt oder ist noch etwas in der Schwebe?“ Gregor's Stirn legte sich in tiefe Falten, ehe er seinen Aerger verbiß. Er liebte es nicht, sich zum Besten halten zu lassen. Andrej dagegen war heiter gestimmt und setzte Nepin auseinander, in was für

eine Zwidmühle die Entwicklung Rußlands durch seinen gelehrten Freund gebracht worden war.

Es kamen frische Gäste; Drest Budowikow, ein Journalist, mit seiner Frau; diese gaben der Unterhaltung eine neue Wendung. Andrej theilte sich aber nicht daran. Er gestellte sich zu den beiden Frauen, welche in ein lebhaftes Gespräch vertieft waren.

Sie müssen mir helfen, daß wir sie noch ein wenig zurückhalten“, rief ihn Tanja zu.

Jetzt, als Sina gehen wollte, fiel es dem jungen Mädchen plötzlich auf, daß ihre Ruhe die der Selbstbeherrschung und nicht der Resignation sei. Sie machte sich Vorwürfe, daß sie für den Kummer ihrer Freundin so unempfindlich war, und wünschte eine Gelegenheit herbei, um es wieder gut zu machen, obgleich sie nicht wußte, wie.

„Gehen Sie wirklich, Sina?“ fragte Andrej. Es ist so früh!“

„Ja. Ich habe etwas in der Waslower Gasse zu thun.“ Das können Sie morgen besorgen. Seien Sie gut und bleiben Sie noch ein wenig“, bat Tanja, ihre Taille mit der lieblosenden Anmuth eines Käthchens umfassend.

Sina ließ das kurze tiefe Lachen erschallen, welches mit zu ihren Hauptreizen gehörte. Die Wünsche des Mädchens waren so kindisch. Das Geschäft, welches sie nach der Waslower Gasse um halb Zehn rief, befand darin, den Schließer des Gefängnisses zu treffen, welcher die Briefe der politischen Gefangenen überbrachte, die in einer dieser Kasmatten gefangen gehalten wurden.

„Nein, meine Liebe,“ sagte sie, daß ihr zugewandte bittende Gesicht küßend, „ich kann es nicht morgen thun, sonst wäre ich aus eigenem Antriebe hier geblieben. Sonnabend Nachmittag werde ich Sie besuchen,“ fügte sie hinzu, „jetzt aber muß ich machen, daß ich fortkomme.“

Was die Debatte über die Sonntagruhe betrifft, so drehte sich dieselbe wesentlich um die Art, wie sie in Bayern zur Durchführung gelangt ist. So hat die Regierung von Oberbayern z. B. Verordnungen erlassen, wonach die fünf Stunden, welche das Gesetz vorschreibt, auf neun Stunden verlängert sind. In Nürnberg ist für die Geschäfte mit Lebensmitteln sogar die Erlaubnis erteilt, die Läden 12 Stunden an Sonntagen offen zu halten. Der bayerische Bundesratsvertreter suchte seine Provinzregierungen und deren Maßnahmen zu verteidigen, doch fand diese Art der Ausführung von Reichsgesetzen seitens der bayerischen Regierung auf keiner Seite Verteidigung. Nur Herr Vahl, der bayerische Reichsrath, machte den Versuch, die ungeschicklichen Verordnungen zu rechtfertigen. Gelingen ist dieser Versuch freilich ganz und gar nicht. Recht interessant war das Zugeständnis des bayerischen Bundesratsvertreters, wonach die Befürchtung, das Gesetz werde nicht ausgeführt, ganz unzutreffend sei, denn daß dies nicht geschehe, dafür Sorge schon die Wachsamkeit der sozialdemokratischen Partei. Unser Genosse von Vollmar nagelte sofort und ausdrücklich dieses Zugeständnis fest und es dürfte noch recht oft daran erinnert werden.

Das Acht-Millimeter-Gewehr ist noch nicht entthront, aber die Entthronungsurkunde ist bereits ausgefertigt. Generalmajor z. D. Witte hat eine Schrift veröffentlicht, in welcher er den Nachweis liefert, daß das Gewehr der Zukunft der fünf-Millimeter sein werde, der den Acht-Millimeter an Mordkraft um das 2/10fache, d. h. um beinahe das Dreifache übertriffe. Schon der sechs-Millimeter, mit dem im chilenischen Krieg praktische Versuche gemacht worden, sei wunderkräftig genug, um auf 5000 Meter ein Pferd zu durchschießen; und der fünf-Millimeter, mit dem man seit kurzem in Rußland Experimente anstellt, habe geradezu Erstaunliches geleistet. Wir bezweifeln das nicht, und haben uns schon seit Jahren über die Populäre unserer Herren Fachmilitärs gemundert, welche die einfache, bereits seit Anfang des Jahrhunderts den Amerikanern geläufige Weisheit von den Vorzügen des Kleinkalibers nicht erfassen haben. Bei dieser Gelegenheit sei festgestellt, daß die militärische Junktintelligenz sich durchweg selbst auf ihrem ureigensten Gebiet: dem der Verfertigung von Massen-Schlachtmaschinen, von der zweiten, unmillitärischen Intelligenz hat überholen lassen. Alle großen Erfindungen auch auf diesem Gebiet rühren von gemeiner, bürgerlicher Kanaille her, und zwar sind bezeichnender Weise die meisten von der unmillitärischen Nation der Welt gemacht worden — den Amerikanern. Der Geist, welcher in die Junktintabelle gequetscht wird, veredelt sich nicht, und deshalb ist ein so himmelweiter Unterschied zwischen militärischem Geist und militärischer Intelligenz.

Wie dem nun sei, die Entthronung des Achtmillimeter ist thatsächlich bereits dekretirt, und der abgesetzte Monarch wird nur so lange noch auf dem Throne geduldet, bis der neue Gebieter, Seine Majestät der fünfmillimeter, in der Lage ist, als Selbstherrscher aller Militärreiche den Thron der zivilisierten Welt und der praktischen Christenheit zu bestiegen. Uns Deutsche wird der Thronwechsel — der vierte seit 1871 — die Kleinigkeit von dreihundert Millionen kosten.

Und noch ehe der fünfmillimeter für alle Armeen fertig ist, wird ein neues System erfunden sein, nach welchem noch massiger gemordet werden kann — und der fünfmillimeter muß zum alten Eisen geworfen werden, wie jetzt der Achtmillimeter. Und dann kommt wieder ein anderer, noch mordkräftiger Herr. Und so fort bis ins Unendliche. Das ist der Verstand, mit welchem die Welt regiert wird.

Die Kosten des Militarismus.

Das Reichsschatzamt hat der Militär-Kommission des Reichstages neuerdings zwei Berechnungen zugehen lassen über die Finanzlage des Reiches. Danach hat nach der allgemeinen Rechnung für 1879/80 die Summe der fortwährenden Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres betragen 815 282 935,99 M., einschließlich der bayerischen Quote mit 41 271 544 M., nach dem Entwurf für 1893/94 beträgt die Gesamtsumme 728 172 899 M., die bayerische Quote 49 880 871 M. Die einmaligen Ausgaben betragen im ordentlichen Etat 1879/80 7 989 689,28 M.,

1893/94 im Entwurf 45 103 014 M., im außerordentlichen Etat 1879/80 88 102 895,08 M., 1893/94 114 023 026 M. Das ergibt für 1879/80 eine Gesamtsumme von 861 885 520,35 M., nach dem Entwurf für 1893/94 885 298 909 M. — Weiter hat das Reichsschatzamt festgestellt die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, welche auf Grund bestehender Gesetze oder mit Zustimmung des Reichstages eingeleiteter Aufwendungen voraussichtlich innerhalb der 5 Etatsjahre 1894/95—1898/99 zu leisten sein werden. Dieselben berechnen sich für 1894/95 auf 25 348 565 M., für die folgenden vier Jahre auf etwa 79 112 135 M., und zwar 1. beim kaiserlichen Amt auf 3 087 800 und 12 027 200 M., 2. beim Reichsamt des Innern auf 1 970 360 und 1 389 440 M., 3. bei der kaiserlichen Marine auf 18 888 155 und 69 099 495 M., 4. bei der Reichs-Justizverwaltung auf 1 152 750 M., für später ist ein Ansatz nicht erbracht, 5. beim Reichs-Schatzamt auf 250 000 und 1 000 000 M.

Also von 1879/80—1893/94 ist der Militär-Etat von 361 auf 885 Millionen gewachsen. Dabei ist aber noch nicht mitgerechnet der Zuwachs der Zinsen, welche für die zu Militärzwecken erhobenen Anleihen aufzubringen sind. — Es ist endlich Zeit, daß das Volk sich aufrafft und seine Vertreter zu dem Austrife zwingt: Für den Militarismus keinen Mann und keinen Groschen!

Das Milizsystem. In der „Kreuz-Zeitung“ vom heutigen Morgen finden wir unter der Ueberschrift: „Ein republikanisches Urtheil über die Milizarmee“ nachstehende Notiz:

In einem Goeben in London erschienenen Buche über die heutigen Heere“ spricht sich der General Merritt, einer der tüchtigsten Offiziere von der Armee der Vereinigten Staaten, über die letzteren folgendermaßen aus: Das stehende Heer zähle nur 25 000 Mann, sei aber im Bedarfsfalle einer reichlichen schnellen Vermehrung fähig; dies habe sich im Sezessionskriege gezeigt, wo es in der Zeit von vier Jahren aus einem noch kleineren Kern bis auf mehr als eine Million ausgebildeter Soldaten angewachsen sei. Die Miliz sei jedoch in den ersten Tagen des Krieges nicht geeignet, zur Verstärkung der regulären Truppen ins Feld zu rücken. Keine Armee der Welt könne eine gleich starke amerikanische Armee von gehöriger Einübung und Disziplin schlagen, aber für die Erreichung dieser beiden Anforderungen sei Zeit nötig, sie ließen sich weder durch den Mass eines Jaren, noch durch das Gesetz eines Kongresses schaffen. Um aus der Miliz eine brauchbare Truppe zu machen, dazu seien mindestens zwölf Monate Zeit erforderlich. Und danach sei ihr gegenwärtiger Werth zu veranschlagen.

Dies auf eigener Kriegserfahrung beruhendes Urtheil eines hervorragenden Generals, der die Einrichtungen seines Landes gewiß nicht ungünstig zu beurtheilen geneigt ist, sollte von allen beherzigt werden, die für Miliz-Heere eingenommen sind, oder die aktive Dienstzeit auf ein Minimum verkleinert sehen möchten. Zu berücksichtigen ist hierbei auch noch, daß die Miliz, oder Söldner-Heere der Nordstaaten im Sezessionskriege ebensolchen der Südstaaten, aber keiner stehenden Armee gegenüberstanden. Wegen eine stehende Armee sind nur gut ausgebildete und disziplinierte Soldaten mit Nutzen zu verwenden — und wehe dem kontinentalen europäischen Staate, der nicht sofort beim Ausbruch des Krieges dem Feinde eine ausreichende Zahl solcher Soldaten entgegenstellen vermag! Ihm sind zur Ausbildung neuer Truppen für die Front nicht Wochen, geschweige denn Monate, oder gar 12 Monate Zeit gegeben.

Dies die Noth. Das Gesperrte ist im Original gesperrt. Also die Miliz taugt nichts — sagt der „Republikaner“. Ja, aber welche Miliz? Es ist hier eine plumpe Taschenspielerlei verübt. Der Leser ist in dem Glauben, es handele sich um das Milizsystem, wie es in der Schweiz besteht, und wie es von den Sozialdemokraten als Ersatz für das stehende Heersystem befürwortet wird. Weit gefehlt. Der „Republikaner“, der von dem Junkerblatt gegen die Sozialdemokratie ins Feld geführt wird, spricht von der Miliz, die in Amerika besteht, und die allerdings nichts taugt. Die Miliz der Vereinigten Staaten ruht nicht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, sie ist nicht nach einheitlichem Plan eingerichtet, und läuft auf eine bürgerliche Soldatenspielerlei hinaus, ähnlich wie die Bürgerwehr seligen Andenkens. Die Kritik des „Republikaners“ trifft also etwas ganz anderes, als das von der Sozialdemokratie geforderte Wehrsystem, und die „Kreuz-Ztg.“

*) „Armies of to-day“. London, Osgood Mc Ilvains & Co., 1 vol.

gleichgiltig bleiben sah. Eine leichte Anschwellung, welche ein Stirnrunzeln sein sollte, erschien zwischen den langen Augenbrauen auf der weichen und reinen Stirn, welche noch keine Sorgen und kein Kummer in Runzeln gefaltet hatte. Sie war gewohnt, daß alle jungen Männer ihr in ergebener Ehrerbietigkeit entgegen kamen; sie war daher auf eine Ausnahme, dazu noch bei einem Manne, der ihr alles in allem vollkommen fremd war, nicht vorbereitet. Es that ihr leid, ihm gegenüber nicht von Anfang an förmlicher gewesen zu sein.

„Tatjana Grigorievna, Sie bedauern ihre frühere Freundlichkeit und denken ich mißbrauche sie?“ sagte Andrej ihre Gedanken aus ihrem Antlitze lesend, „nun, vielleicht thue ich's“, fuhr er fort, ihr keine Zeit zur Antwort lassend. „Sie müssen mir aber einige Zugeständnisse machen. Die Existenz eines Verschwörers ist kurz, und nur selten bietet sich ihm eine Gelegenheit zu einem freundschaftlichen Verkehr. Man muß uns entschuldigen, wenn wir dieselben auszunützen suchen und die konventionalen Formen manchmal fallen lassen. Heute Abend kreuzen sich unsere Wege für einen Moment im Leben, doch kann niemand wissen, ob wir uns nochmals begegnen werden. Wollen Sie mir gestatten, mit Ihnen ganz offen ohne Rückhalt zu sprechen, als ob wir Kameraden wären?“

Das Eis war gebrochen. Aus dem ruhigen Ton ihres sonderbaren Gestes hörte das Mädchen eine tiefe und melancholische Empfindung heraus, die ihr edles Herz rührte und ihre konventionellen Formen aufgeben ließ. Sie schämte sich ihrer argwöhnischen Zurückhaltung, welche ihr jetzt bei diesem Manne gar nicht am Platze zu sein schien.

„Ja“, rief sie warm aus, ihm ins Gesicht blickend, „Sprechen Sie, wie Sie wollen.“ Andrej war überrascht, in ihrer Zustimmung ein solches Vergnügen zu finden. Das Mädchen hatte etwas an sich, das Gregor wahrscheinlich vergessen hatte zu erwähnen, und das ihn außerordentlich anzog, abgesehen von der Rolle, welche sie in dem Leben seines Freundes spielte.

(Fortsetzung folgt.)

hat sich, indem sie auf die verschiedentliche Bedeutung des Wortes Miliz spekulirt, einer abfesselnden Täuschung schuldig gemacht, die mit dem Ausdruck Taschenspielerlei noch viel zu milde bezeichnet wird. Der richtige Ausdruck ist Fälschung.

Die Verschleppung der Militärvorlage wird auf eifrigste fortgesetzt. Daß sie einzig und allein im Interesse der Regierung ist, das liegt auf der Hand; und indem Herr Eugen Richter die Verschleppungs-Taktik des Zentrums und der Regierung nicht bloß verteidigt, sondern auch unterstützt, macht er sich zum Mitschuldigen. Der Vortheil für die Regierung besteht darin, daß sie ihr Budget bewilligt erhält, und daß sie Zeit gewinnt.

Inzwischen wird mit verdoppeltem Eifer an dem Kompromiß gearbeitet. Herr Bennigsen, der Spezialist der Kompromißkunst, hat jetzt, nachdem er als „kranker“ Mann nach allen Richtungen hin gehorcht, gefühlt und gefehlt hat, sein Amt als akkreditirter Leiter der Kompromißverhandlungen wieder übernommen, und an dem Erfolge ist, wie schon gesagt, nicht zu zweifeln. Allerdings nicht Erfolg in dieser Session — obgleich derselbe noch keineswegs ausgeschlossen ist —; dafür aber sicher in der ersten des neuen Reichstags — wenn die Wähler das Spiel nicht durch Kreuzen.

Herr Eugen Richter spielt die Unschuld vom Lande und meint, wenn das Zentrum jetzt die Vorlage ablehne, könne es im neuen Reichstag nicht auf einen Kompromiß eingehen. Der Mann der Spar-Agnes und der Sozialistengeh-Abkommandirungen sollte uns doch wirklich mit solcher Mädchenpensionats-Weisheit verschonen.

Für die Militärvorlage wird in der offiziellen Presse alles mögliche zusammengelunkert, um Stimmung zu machen. Das Märchen von der „Versäufung“ der Armee durch die neue Militärvorlage und der Schonung der Familienväter ist bereits oft genug als bloße Fälschung erwiesen. Freilich ist nichts so dumm, daß deutsche Professoren sich nicht erbilden es nachzusprechen. So rühmt ein Professor der Staatswissenschaften Dr. Johannes Conrad in Halle den unendlichen volkswirtschaftlichen Vortheil, daß nach der Vorlage so weit irgend möglich an die Stelle alter Landwehnmänner junge, unverheiratete Leute im Kriegsfall im Heere zur Verwendung kommen sollen.

Um diesen Vortheil noch näher zu begründen, schreibt er: „Wer in den Jahren 1866 und 1870/71 den Jammer und die Noth beobachtet hat, die über eine Unmasse Familien gebracht wurde, weil ihnen der Ernährer durch die Einberufung entzogen und vielfach dauernd genommen wurde, weil er die ihm zugemutheten Strapazen nicht aushalten konnte, der muß die Maßregel als die größte Wohlthat für einen kommenden Krieg ansehen. Noch bis zum heutigen Tage vermag man zu verfolgen, wie Leute, die damals als Handwerker und Kaufleute aus ihren neu gegründeten Unternehmungen oder als industrielle Beamte aus festen Stellungen herausgerissen wurden, um unter die Fahne zu treten, nachhaltig um ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit oder gesicherte Anstellung gekommen sind, und ihr ganzes weitere Leben verkömmert wurde, weil ihnen die Mittel zur abermaligen Niederlassung fehlten und günstige Konjunkturen verpaßt waren.“

Der Herr Professor plappert hier etwas nach, was in offiziellen Blättern vorgefunkelt wird, und sucht nun den Leuten einzureden, als ob nach Annahme der Militärvorlage die Familienväter zu Hause bleiben könnten. Wenn ein Krieg ausbricht, werden die Familienväter gleichzeitig mit den jungen Leuten ins Feld und ins Feuer geschickt, und das Elend, welches er als Folge der Kriege von 1866 und 1870/71 schildert, wird sich noch verheerlicher. Wenn der Herr Conrad von den Staatswissenschaften nicht mehr profitirt hat, als dem Binder nachzuplappern, dann ist die Universität Halle wohl kaum um ihren Professor zu beneiden.

Ach! Der Vorstand der Turngemeinde zu Rißingen am Main, der Kaufmann und Reserve-Offizier E. Paraber, erhielt vom Bezirkskommandeur, Oberlieutenant Stöber, die Auflage, seine Vorstandschaft niederzulegen. Dies wurde damit begründet:

In einem Turnverein befänden sich viele junge Leute, die im Militärverbande stehen und in diesem Verbände Gemeine oder Unteroffiziere seien. Als Vorstand eines Vereins sei jedoch ein Reserve-Offizier gezwungen, freundschaftlichen Umgang mit den Mitgliedern zu pflegen. Dies sei aber eines Reserve-Offiziers unwürdig, namentlich, wenn sich unter den Mitgliedern Leute befänden, die ihm im Militärdienste unterlegen sind.

Es ist dieses eine gute Lehre für die bürgerlichen Kreise, welche es sich zur bevorzogenen Ehre schätzen, des Verkehrs mit einem Reserveoffizierentum gewürdigt zu werden oder einen solchen als Vorstandsmittglied in ihren Vereinen zu sehen. Freilich ist der großen Masse der Bürger schon längst das Ehrgefühl so gründlich erloschen, daß es die Prügel, von denen es getroffen wird, gar nicht mehr merkt.

Die Sozialisten-Debatte im Reichstag und der erkünstelte Jubel unserer Gegner findet die zutreffendste Beleuchtung durch Dr. Sigl im „Bayerischen Vaterland“. Derselbe schreibt:

Die Liberalen sehen in den Reden Bachem's, Stumm's, E. Richter's und Seider's gegen die Sozialdemokraten ein „vernichtendes Strafgericht“ für sie oder vielmehr, sie bilden sich ein oder geben sich den Anschein, in dem Streitgespräch der vereinigten „Bourgeois“ aller Farben so was zu sehen. Wir begreifen nicht, wo denn ein „Strafgericht“ und gar ein „vernichtendes“ sei, wenn auf die thörichten Anzaptungen und Fragereien der Bachem so bezüglich des sozialdemokratischen „Zukunftshauses“ die Sozialdemokraten es nicht der Mühe werth finden und sich weigern, auf dies unnütze Gerede einzugehen und auf die perid neugierigen Fragereien Rede zu stehen. Bachem würde es nicht anders machen, wenn man ihn anbohren wollte, wie er und seine Leute sich den Zukunftsstaat nach dem Hergebrachten vom Zentrum vorstellen, und dem Eugen Richter, wenn man ihn wegen des Zukunftsstaates der „Fortfortschritt-Republikaner“ und liberalen Juden auf den Zahn fühlte, und wenn sie redeten, kämen nichts als schöne Phrasen und dicke heuchlerische Lügen zum Vorschein, welche die Sozialdemokraten verschmähen. Rag der Zukunftsstaat so oder so ausfallen, das ist auf alle Fälle Sache der Zukunft; die Sozialdemokraten halten sich einstweilen an die Gegenwart und ihre Zustände, und damit haben sie Recht. Alles Andere ist vom Schwindel. Thöricht im höchsten Grad aber, wenn auch sehr begreiflich ist es, wenn die buntsfarbige Koalition der Bachem, Richter u. s. w. — sich nicht, aber anderen weiß machen wollen, daß ihre Redereien, auf welche sie nicht die gewünschte Antwort erhalten haben, deshalb eine „ver-

nichtende Niederlage" für die Sozialdemokraten sein sollen, welche die Redereien einfach für dummes Zeug und leeredroschenes Stroh erklärten, mit dem sich weiter zu befassen ihnen nicht der Mühe werth sei. Um eine Niederlage erlitten zu haben tragen die Weibel und Lieblincht den Kopf noch viel zu stolz; wer eine Niederlage erlitten, läßt den Kopf und Ohren hängen. Entscheidend ist nicht, wie die Nachem und Sticker und Richter, sondern wie die Sozialdemokraten über "Niederlage" denken; die meinen aber, es sei dem Richter und Sticker und Wadern heimgelehret worden, und eine andere Meinung wird ihnen das Siegesgeheul derer vom Zentrum re. nicht beibringen."

„Rein Siegesjubel herrscht in den Reihen der Sozialdemokratie“ — das hat der Pindter von der Norddeutschen Allgemeinen“ entdeckt, und schließt daraus mit seinem bekannten staatsmännischen Scharfsinn, daß die Sozialdemokratie den Konkurs der Firma Spar-Agnes und Kompagnie nicht als Sieg betrachte. Da hat der Pindter einmal den Nagel auf den Kopf getroffen. Wer einen Schwarm summender Schneefliegen, die sich ihm an die Nase setzen wollen, mit der Hand fortschneidet und dabei einige der zudringlichen Gesellen unanständig zerdrückt, der betrachtet das doch nicht als „Sieg“.

Ein vergnügtes Viertelstündchen bereitet sich, wer eine Sammlung von kapitalistischen Zeitungen aus dem Ende der vorigen und dem Anfange dieser Woche durchblättert. Geschlagen, zerquetscht, vernichtet ist die Sozialdemokratie — die Sozialdemokratie hat aufgehört zu sein — die deutsche Arbeitererschaft ist von der geistigen Krankheit der letzten 20 Jahre geheilt — die sozialdemokratischen Führer müssen wie begoffene Pudel vom Schauplatz abtreten, u. s. w.

Und heute? Dieser Rahenjammern! Auch der vernageltesten „Guerah-Kanaille“ kann man nicht mehr vorreden, daß die Männer der Spar-Agnes einen „glänzenden Sieg“ erfochten haben. Seit die Welt steht, hat noch kein Sieger eine Schlacht abgebrochen, in der er den Sieg, und gar den Sieg bis zur Vernichtung des Feindes in der Tasche hatte. Der Rückzug des vorigen Dienstags ist der beste Beweis dafür, daß die Herren „Sieger“ ihrer Ueberlegenheit und ihrer Unfähigkeit, uns die Spitze zu bieten, sich vollkommen bewußt sind.

Der Reichsgroßprüflehre bellt fort hinter dem Busch und erklärt, daß nur seine Politik die Sozialdemokratie vernichten könne. Als ob er nicht als Reichskanzler Zeit genug dazu gehabt hätte. In seinem Leiborgan meint er: „Man wird die Sozialdemokratie weder todt reden noch todt reformieren, man wird aber eines Tages genöthigt sein, sie todt zu schießen, d. h. wenn man noch die Macht dazu besitzt.“

Wenn man die Macht dazu besitzt? Da steht der Knoten. An dem guten Willen zweifeln wir nicht.

Die nothleidenden Grubenbesitzer. In der heutigen Sitzung des Ausschusses der „Bergbau- und Bergwerks-Aktiengesellschaft“ legte die Direktion die Rohbilanz für das Jahr 1892 vor. Der Ausschuss beschloß, die Vertheilung einer Dividende von neun Prozent bei der Generalversammlung in Vorschlag zu bringen und einen Betrag von ungefähr 2 850 000 M. zu Abschreibungen zu verwenden. Dabei werden als Vortrag auf neue Rechnung 488 000 M. zurückgestellt. — Die armen Aktionäre und die bösen Bergarbeiter! Wären sie, die Arbeiter, nicht so unverschämmt in ihren Lohnforderungen, hätten die armen Aktionäre wenigstens noch das zehnte Prozent einstecken können!

Die „wilden“ Franzosen haben nun allen Ernstes eine Anzahl von Großbeträgern zur Strafe und „Strecke“ gebracht. Unsere Panamisten, Bochumer und Welfensfondspänderer sind noch ganz unbehelligt. Einer der „Größten“ hat durch einen Vergleich seinen Kopf aus der Schlinge gezogen. Und gegen den Allergrößten ist nicht einmal eine Anklage erhoben worden. Das wäre wohl zu „wild“ gewesen, Ihr Herren Pharisäer? Die wahre „Tugend“ und „Sittlichkeit“, durch die wir den „verkommenen Franzosen“ so überlegen sind, besteht wohl darin, daß Spitzbuben nicht — gesehen werden?

In dem „sittensirengen“ Braunschweig, in dem die „Ordnungspartheien“ aus Furcht vor der Sozialdemokratie willig allen Minderbestrebungen freie Bahn schaffen, wuchert unter der dünnen Decke der Brüderlichkeit, die am harmlosesten Anstoß nimmt, eine Verwahrlosung, deren Wäutchen nur selten an die Oeffentlichkeit dringen, weil alles mögliche aufgeboden wird, sie dieser zu entziehen. In diesen Tagen wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen der Hausvater des Rettungshauses, Bergemann, verhaftet, für dessen Freilassung, wie das „Braunschweiger Tageblatt“ meldet, von einflussreicher orthodoxer Seite viel aufgeboden wird. Der Hausvater ist selbstverständlich ein sehr frommer Mann, und — was mag er wohl in jahrelanger Bittsamkeit gerettet haben? Die Oeffentlichkeit wird kaum etwas erfahren. Das genannte Blatt schreibt:

Schade, daß jeder Prozeß hinter verschlossenen Thüren verhandelt werden wird, es würde manches große Schlaglicht auf die Verhältnisse in jener im pietistischen Sinne geleiteten Anstalt fallen.

Ein Drogist B., der Sohn wohlhabender Eltern, wurde gleichfalls wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet, aber, obwohl er sechs Fälle selbst eingestanden, ohne Sicherheitsleistung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diese an sich wohl auffällige Thatsache erklärt sich nach dem „Braunschweiger Tageblatt“ daraus, daß vom juristischen Gesichtspunkte B.'s Vergehungen gegen eine Anzahl junger, unerfahrener Mädchen als thätliche Verleidigungen aufgefaßt sind, zu deren strafrechtlicher Verfolgung Antrag des Geschädigten erforderlich ist. Die Geschädigten, mit wenigen Ausnahmen, haben sich nun veranlaßt gesehen — aus welchen Gründen, wissen wir nicht — die Strafanträge zurückzuziehen. So hat sich denn das Gericht zur Hastentlassung B.'s entschlossen.

Der sozialdemokratische „Braunschw. Volksfreund“ hat freilich eine andere Erklärung, indem er erzählt, wie alles aufgeboden ist, um die Beteiligten und deren Eltern zu bewegen, den Verbrecher zu entlasten. Würde man sie, wie die Prozeßordnung zuläßt, eidlich vernommen haben, dann hätte man gefunden, daß doch etwas anderes als bloße thätliche Verleidigungen vorliegen.

Derartige Sittlichkeitsverbrechen sind in Braunschweig übrigens seit Jahren gang und gäbe innerhalb der „guten“ Bürgerschaft. Sie bilden ein öffentliches Geheimniß, und nur ausnahmsweise wird dieses so laut, daß es zur gerichtlichen Verfolgung führt. Die frommen Pastoren und das

„unständliche“ Publikum sind aber voller Eifer, wenn ein „unständliches“ Theaterstück über die Bühne gehen soll; für „unständig“ gilt es nämlich schon, wenn es auch nur ahnen läßt, daß in der guten bürgerlichen Gesellschaft etwas passiren könne, was in Braunschweig täglich vorkommt.

Männerstolz vor Königsthronen. Vor einigen Tagen denunzierte die nationalliberale Presse den neuen Oberbürgermeister von Stuttgart, Herrn Nömelin, als antidemokratischen Demokrat, weil er sich geweiht, einem Festmahl der Nationalliberalen zu Kaisers Geburtstag zu präsidiren. Jetzt hat derselbe Demokrat in Verbindung mit dem Bürgerausschuß-Obmann (Stadtverordneten-Vorsitzer) Schott, auch Demokrat und Führer der „Volkspartei“, im Namen der bürgerlichen Kollegen dem neuverwählten Paar, Herzog und Herzogin Albrecht von Württemberg, folgende Glückwunschsadresse überreicht:

„Mit herzlichster Freude hat die hiesige Einwohnerschaft am dem frohen Ereigniß der Vermählung Eurer Königlich Hoheit, unseres durchlauchtigsten Herzogs Albrecht mit Eurer Kaiserl. und Königl. Hoheit, der durchlauchtigsten Frau Herzogin Margaretha Sophia von Oesterreich, theilgenommen. Nachdem nun Eure Kaiserl. und Königl. Hoheiten in die Haupt- und Residenzstadt Württembergs eingezogen sind und sie zu Höchstem Wohnsitz erwählt haben, möge es uns gestattet sein, Höchstselben die aufrichtigsten Glückwünsche und Willkommgrüße der Bürgerschaft Stuttgarts in Ehrerbietung darzubringen. Unser innigster Wunsch geht dahin, daß Ihrer Kaiserl. und Königl. Hoheit der Frau Herzogin an der Seite des hohen Gemahls unsere Stadt in bald zu einer lieben und trauten Heimath werde. Möge der Bund der Herzen, den Eure Kaiserl. und Königl. Hoheiten geschlossen haben, für Höchstselben wie für unser erhabenes, in Ehrfurcht geliebtes Königshaus die Quelle des reichsten Glückes und Segens bilden.“

Diese Lokalitätsfremde Sprache muß doch wohl selbst das „Leipziger Tageblatt“, welches die obige Beschuldigung gegen den „Demokraten“ ausgesprochen, verzeihen. Besser könnten es auch die sächsischen Nationalliberalen nicht machen! Uebrigens soll Herr Nömelin wirklich ein sehr freudensender und hoch anständiger Mann sein. Wenn ein Fehler vorliegt, so könnte es nur der sein, daß ein solcher Mann sich überhaupt an eine Stelle setzen läßt, wo es ohne Lokalitätsbuselei nicht abgeht.

Ein zweites Carmaux. Immer mehr, schreibt man uns aus Frankreich, wird die öffentliche Aufmerksamkeit trotz der ununterbrochenen Ueberraschungen, welche der Panamaskandal mit sich bringt, auf den Metallarbeiter-Streik gelenkt, der vor etwa einem Monat in Rive-de-Gier ausgebrochen ist. Schon spricht die kapitalistische Presse die Befürchtung aus, es würde zu ähnlichen Ereignissen wie in Carmaux kommen. Thatsächlich handelt es sich auch bei dem neuen Streik wie in Carmaux nicht um kleinliche Lohnwünsche, sondern um große Prinzipienfragen. Die Ehre und die Würde der Arbeiterorganisationen steht auf dem Spiele. Der Streik brach aus, als die Hüttenbesitzer einen Arbeiter, dessen einziges Verbrechen darin bestand, von seinen Kameraden als Delegirter zum Metallarbeiter-Kongreß entsandt zu sein, entließen; er verschärfte sich dadurch, daß die Unternehmer sich weigerten, mit den Gewerkschaften, welche naturgemäß die Vertretung der Arbeiterinteressen übernehmen, in Verhandlung zu treten; sie wollten nur mit jedem einzelnen Arbeiter persönlich verhandeln, antworteten sie. Die Einmischung des Syndikats konnten sie nicht als berechtigt anerkennen. Jede der beiden Parteien beharrt fest auf ihrem Standpunkt; und das Ende des Konflikts, der zu einem wahren Klassenkampf geworden ist, läßt sich nicht im mindesten voraussehen. Der Streik umfaßt mehrere Tausend Arbeiter und nimmt immer mehr an Ausdehnung zu, da auch die Werke, welche den Metallfabriken ihr Material liefern, nothgedrungen feiern müssen. Bei der Wichtigkeit der prinzipiellen Fragen, um die es sich in Rive-de-Gier handelt, wenden die Sozialisten dem Streik ihre ganze Aufmerksamkeit zu; von den Abgeordneten ist bereits La Chize vor einigen Tagen an Ort und Stelle eingetroffen, und jetzt ist ihm auch Genosse Baudin, dessen bloße Namensnennung dem Bourgeois alle Schreden von Carmaux ins Gedächtniß zurückruft, gefolgt. Die Behörden hatten sich so gut auf seinen Empfang vorbereitet, verwundert bei seiner Ankunft äußerte, er habe noch nie eine solche Entfaltung von Polizeimacht gesehen. Die Abgeordneten Jourde und E. Roche haben gleichfalls ihr baldiges Erscheinen auf dem Kampfsplatz zugesagt. Wenn Herr Minister Ribot das Staatsruder nicht bald aus der Hand gleitet, so dürfte er sich binnen kurzem genöthigt sehen, dem Bande zu beweisen, daß er „energischer“ handeln kann, als sein Vorgänger Loubet es, den Kapitalisten zu Leide, in Carmaux gethan hat.

Der Kampf um den Arbeiter ist in England aufs heftigste entbrannt. Raum hat Gladstone seine ziemlich weitgehende Bill auf Einführung eines Arbeitsministeriums eingebracht, so sind die „radikalen“ Tories mit Lord Randolph Churchill an der Spitze schon mit einer Achtstundentbill für die Minenarbeiter bei der Hand. Die Bill bestimmt, daß niemand an einem Tag von 24 Stunden mehr als 8 Stunden in einem Bergwerk arbeiten darf. Arbeitgeber oder deren Agenten, die gegen diese Bestimmung handeln, werden für jeden einzelnen Fall mit einer Geldbuße bis zu 40 M. belegt, was allerdings etwas wenig ist.

Die Amerikaner haben das Protektorat über die Sandwichs-Inseln (Hawaii) provisorisch übernommen. Dieses Provisorium wird sehr lange dauern und zu einem Definitivum werden — soweit in der Politik von Definitivum, d. h. Endgültigem, die Rede sein kann.

Parlamentarisches.

Sitzung der Militärkommission. Der Reichskanzler ist anwesend, ebenso ist der erkrankte Kommissionsvater v. Bennigsen wieder eingetroffen. Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt Richter einen Antrag an, der bis zur nächsten Sitzung verweilt werden soll, wonach die Kommission erklärt, welches Ergebnis sie aus dem zur Vorlage gehörigen Ziffernmaterial gewonnen hat. Der Antrag würde heute schon vertheilt worden sein, wenn nicht noch einige Zahlenangaben seitens des Reichskanzlers fehlten.

Die Diskussion über die noch zu erledigenden Marinefragen wird durch den Abg. Richter eingeleitet, der die schon erwähnten Fragen nach den Plänen der Regierung auf dem Gebiete der Marinevergrößerung wiederholt. Er bemerkt, die Angaben der Finanzleute, daß die Marineprojekte insgesammt noch 70 Millionen in Anspruch nehmen würden, erschienen ihm sehr unwahrscheinlich; er befürchtet, daß die Sache viel kostspieliger werden würde.

Der Reichskanzler erklärt, die von der Reichsfinanzverwaltung über das Gebiet der Marine gegebenen Ziffern befrüchtigen zu können. Pläne zur Erweiterung der Dock- und Hafenbauten in Wilhelmshaven seien „amtlich“ nicht zu seiner Kenntniß gelangt, was aber nicht ausschließe, daß in den Kreisen der Techniker allerlei Projekte ventilirt würden. Die eventuelle Ablehnung eines Ersatzbaues für das Panzerschiff „Preußen“ durch das Haus, wie sie seitens der Budgetkommission erfolgte, könnte allerdings auf die Entschlüsse der Regierung bezüglich der Marinepläne bestimmend einwirken. Große Pläne könnten nicht auf lange Jahre hinaus festgelegt werden, auch der Flotten-Gründungsplan des Generals Stosch vom Jahre 1878 sei nur zum Theil ausgeführt worden.

Richter verlangt, daß wenigstens in finanzieller Beziehung auf eine Reihe von Jahren bindende Erklärungen seitens der Regierung gegeben würden. — Der Reichskanzler giebt dem Wünsche Ausdruck, daß der Reichstag der Marineverwaltung ein jährliches Pauschquantum für Schiffs- u. Booten bewilligen möge, wie er (der Kanzler) es in seiner Denkschrift vom Jahre 1889, als er noch Chef der Marineverwaltung war, schon dargelegt habe. Richter sagt, das Eingeständniß des Kanzlers, daß zwar „amtlich“ keine großen Marinepläne existirten, daß aber die Techniker allerlei Projekte machten, welche zum Theil die Billigung der Abtheilungschefs fänden, erinnere an die anfängliche amtliche Ablehnung der Verdy'schen Pläne 1890, die sich inzwischen doch zur gegenwärtigen Militärvorlage verwickelt haben.

Zu einem positiven Resultat führt die Diskussion nicht. Direktor H. Schenborn hält einen großen finanzpolitischen Vortrag, in dem er nachzuweisen versucht, daß das Reich in den nächsten 5 Jahren — ohne neue Steuern — einfach infolge der Bevölkerungszunahme eine Mehrerinnahme von über 70 Millionen Mark zu erwarten habe. Dabei habe er eine ganze Menge von „unerheblichen“ Positionen, sowie die, auch ohne die beabsichtigte Erhöhung sich ergebende Vermehrung von Bier-, Branntwein- und Vorsteuer ganz außer Anschlag gelassen. Aus diesen Nebenpositionen dürften die für die einmaligen Mehrausgaben noch fehlenden 36 Millionen nahezu zu decken sein. — Die Mehreinnahmen aus den Zöllen, aus schließlich der Weinezölle, beziffert Herr Schenborn auf jährlich 13 1/2 Millionen, Tabak (Inlandsteuer) und Salz würden über 1 Million pro Jahr mehr ergeben, Patentgebühren 200 000 M., die verschiedenen Betriebsverwaltungen 3 838 000 M. u. s. w.

Abg. Richter tritt dieser Berechnungsmethode entgegen, dieselbe sei ein Phantasiestück, berichtigte die ganzen Mehrausgaben nicht und nehme an, daß der Zolltarif etwas stabilisire.

Schatzsekretär v. Malgahn giebt den Abgeordneten den Rath, Angaben über Finanzverhältnisse oder finanzielle Pläne der Regierung, die sie in der Presse finden, nicht zu glauben, denn die deutsche Presse habe über diese Dinge im vergangenen Jahre ganz unglaublich viel gelogen. Auf die vom Abg. Richter gestellte Frage der Abschaffung der „clausula frankenstein“ und der Matricularbeiträge und der Pläne des preussischen Finanzministers lehnt Herr v. Malgahn ab, einzugehen.

Als Gegenstück zu den Ausführungen des Direktors Schenborn, welche auf Antrag des Dr. Pieber der Kommission gedruckt zugehen werden, beantragt Richter, für die Kommission eine Zusammenfassung der in den letzten zehn Jahren erwachsenen Ausgaben für die Marine, die Zinsen der Reichsschuld und die Zinsverwaltung des Reiches sowie der gesamten Reichsschuld seit 1873 anzufertigen, welcher Antrag gleichfalls abgelehnt wird.

Wennigsen hält eine große Rede zur Verherrlichung der Schenborn'schen Darlegungen und muthet der Kommission zu, der Regierung für ihre Bereitwilligkeit, Ausschlässe zu ertheilen, das heißt, wie es ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist, ihre Vorlage zu begründen, ein besonderes Dankesvotum darzubringen, was von Richter entsprechend zurückgewiesen wird. R. betont, daß es Pflicht der Regierung gewesen wäre, gleich von Anfang an ein detaillirtes Finanzexposé vorzulegen und sich nicht erst Punkt für Punkt seitens der Kommission abfragen zu lassen. Im übrigen wäre es zweckmäßiger, wenn man die Militärvorlage so lange vertagen würde, bis die glänzenden Einnahmeverhältnisse eingetreten sein werden, welche die Herren Schenborn und Bennigsen in Aussicht nehmen.

Die Finanzdebatte, in der die gar nicht zur Sache gehörigen geplanten Änderungen in organisatorischer Beziehung auf einmal eine große Rolle spielen, zieht sich in unendlicher Rede und Länge bis zum Schluß der Sitzung hin, so daß die Kommission auch heute nicht dazu kommt, in die Spezialdiskussion der Militärvorlage selbst einzutreten. Für die letztere liegt zur Frage der zweijährigen Dienstzeit folgender Antrag des Abg. Richter vor:

Die Kommission wolle beschließen: Im zweiten Absatz des § 1 des Gesetzesentwurfs den Satz: „Dieser Durchschnittssatz liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fußtruppen im allgemeinen zu einem zweijährigen aktiven Dienst bei der Fahne gezogen werden.“ zu streichen und hinter den § 1 folgenden § 1a einzufügen: „Der erste Satz des Artikels 69 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 (Bundes-Gesetzblatt von 1871 Nr. 16) erhält mit dem 1. Oktober 1898 folgende Fassung:

Jeder wehrfähige Deutsche gehört 7 Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere — und zwar bei den Fußtruppen die ersten zwei Jahre, bei den übrigen Truppengattungen die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten fünf bzw. vier Jahre in der Reserve — die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das 39. Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an.

Durch diesen Antrag soll also die verfassungsmäßige Festlegung der zweijährigen Dienstzeit beseitigt werden. Hierzu wird von den Abg. Weibel, Grillenberger und Singer beantragt, die Worte „bei den Fußtruppen“, ferner „bei den übrigen Truppengattungen die ersten drei Jahre“ und „bzw. vier“ zu streichen. Selbstverständlich bedeutet dies nicht eine Sanctionirung der zweijährigen Dienstzeit seitens der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, welche bekanntlich eine viel weiter gehende Verkürzung der Dienstzeit durch Einführung des Militärsystems verlangen, sondern beabsichtigt lediglich, für den Fall der Annahme der zweijährigen Dienstzeit dieselbe nicht bloß den Fußtruppen, sondern den Angehörigen aller Waffengattungen einzuräumen.

Schluß der Sitzung nach 1 Uhr. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, Vormittags 10 Uhr, statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonntag, den 12. Februar.
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Oper). Der Barbier von Sevilla.
 Montag: Lammhäuser (3. Akt). Giesfried (3. Akt, Schluss-Szene). Die Meisterfinger von Nürnberg (3. Akt, Schluss-Szene).
Schauspielhaus. Batantafena.
 Montag: Fiesco, oder Die Verschönerung zu Genua.
Deutsches Theater. Der Talsman.
 Montag: Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Die Journalisten.
 Montag: Dora.
Leistung-Theater. Eine Palast-Revolution.
 Montag: Heimath.
Wallner-Theater. Der Probepfeil.
 Montag: Die Großstadtluft.
Froll's Theater. La Favorita.
 Montag: Der Schwur.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Residenz-Theater. Hühner, von Strindberg. Familie Pont-Biquet.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelm-Stadt-Theater. Der Gardebefehl.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Thomas-Theater. Der böse Geist Empaci - Bagabundus.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Hens Theater. Zoska.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
National-Theater. Der Fächer von Ravenna.
 Montag: Faust.
Alexanderplatz-Theater. Die Vint-hochzeit.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 50. Male:
Modernes Babylon.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Kannstädt. Coupletts theilweise von G. Grass. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Novität! Novität!
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Klemm - Gde. . . Martin Bendix.)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Bauchredner. Unhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
 Hagenbeek's gr. zoolog. Wunder:
Lili.
 Kleinst. lebend. Elefant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer.
Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.
 Grosses Künstler-Konzert. Sämmtlich ohne Extra-Entree.
 Vereinszimmer, Eimeistr. 23, 3. St.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Sonntag, den 12. Februar 1893.
Zwei grosse Vorstellungen.
 In beiden Vorstellungen Auftreten sämmtl. Künstler-Spezialitäten I. Ranges, sowie Vorführer u. Reiten d. bestdress. Freirei- u. Schulpferde.
Nachmittags 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei). Besonders gewähltes kom. Programm. Zum Schluss: **Die Touristen**, fest ein Sommer-Abends 7 1/2 Uhr: **Mr. James Pills** mit dem Schulpferde **Germinal**. Zum Schluss:
Ein Künstlerfest.
 Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister **A. Siems**. Mit überraschenden Licht- und Wasser-effecten. Auf das Glanzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz**. Grosser Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen.
 Montag: Abends 7 1/2 Uhr: „Ein Künstlerfest“.
 Billet-Vorverkauf an der Zirkus-Kasse u. beim „Invalidentheater“, Marktgrasens-straße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
 Täglich:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Großartiger Erfolg des neuen Programms.
 Mr. Hendrik, Huguston, Massias, Clark, Valois, Vanoni, Hurley's, Laurence, Türk u. s. w.
 Das Theater ist gut geheizt.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Fortuna-Säle

3. Straußberger-Straße 3.
 Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
 Jeden Donnerstag: **Große Gesellschaftskunde.**
 Empfehle meine Säle zu allen Privat-Festlichkeiten und Versammlungen; auch sind einige schöne Verolinszimmer zu haben. 3670L*

Concordia-Festsäle

C. Säger
 Andreasstr. 64 und Kranstr. 38.
 Größtes und schönstes Pracht-Etablissement der Residenz.
 Heute, sowie jeden Sonntag:
Gr. Instrumental-Konzert.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach dem Konzert:
Grosser Ball,
 ausgeführt von 2 stark besetzten Orchestern. (49/19)
Dienstag, den 14. Februar,
 Fastnacht.
Gr. Rheinischer Carneval.

Aktien-Brauerei Friedrichshain
 am Königsplatz.
 Heute Sonntag:
Grosses Instrumental-Konzert
W. Böhm
 unter Mitwirkung der neuen großen Konzert-Orgei. 3080L
 Anfang 4 1/2 Uhr.
 Eintritt 30 Pf. Kinder frei.
 Programm unentgeltlich.

Moritz-Platz. Etablissement Buggenhagen.
 Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahnhofener Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerz, Festlichkeiten etc.
 Genossen empfehle meinen Frühstücks-, Mittag- und Abendstisch. Vereinszimmer mit Piano. Für gute Getränke sorgt stets 3613L*
Fritz Fröhlich, Haunpstr. 43.
 Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23. Op

Unserm Artistenbruder Herrn Paul Paschke zu seinem heutigen Wiegen-feste ein donnerndes Hoch! 1306b
 Artistenverein „Einigkeit“.

Unserm Kollegen M. Franz zu seinem 20. Geburtstag ein donnerndes Hoch! Wieviel werden wir verschwinden lassen? 1307b

Todesanzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein Vater, unser Schwiegervater, der Töpfer **August Brandt**, nach langen Leiden am 11. Februar 1893 verstorben ist. 1318b
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. Februar, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-gemeinde (Zions-Kirchhof) in Weissenhof statt.
Die Hinterbliebenen.
 J. Brandt.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Carl Seidel** nach langem, schwerem Leiden am Freitag, den 10. d. M. sanft entschlafen ist. — Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, Nachm. 2 Uhr, vom Trauer-hause, Görlischerstraße 87, aus statt.
 Die Kollegen der Firma Gebr. Naglo.

Achtung! Maler! Achtung!
 Den Mitgliedern der Vereinigung der Maler, Radierer und Anstreicher der Filiale Berlins zur Nachricht, daß unser Kollege und eifriges Mitglied der Filiale II West 212/1

Franz Stefanski
 an der Proletarierkrankheit nach längerem schweren Krankenlager sanft entschlafen ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. d. M., Nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Mathias-Kirchhofes in Südend aus statt.
Die örtliche Verwaltung der Filiale II West.
 J. A.: C. Mannowitz.

W. Noack's
 Konzert- u. Gesellschafts-Säle
 Brannenstraße 18-19.
 Jeden Sonntag:
Grosses Streich-Konzert
 unter Leitung des Herrn Musikdirektors Marschall.
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach dem Konzert:
Familien-Tanz-Kränzchen.
 Empfehle meine hocheleganten Säle für Vereine und Privatfestlichkeiten zu taufantesten Bedingungen.
 1322b **W. Noack.**

Gratweil's Bierhallen
 Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger
 sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson**.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Zwei Säle
 zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Welt-Restaurant
 S. Dresdenstr. 97.
Norddeutsche Sänger, 7 Berj.
 2. Saal: Hr. Schauss, Fris Fiori, Melanie, Sternan.
 Anf. in der Woche 7 Uhr, Sonnt. 5 Uhr.

Geschäftsverlegung.
 Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mein **Weiß- und Bairisch-Bier-Sokal** von Mariendorferstr. 10 nach (1296b*) **Mariendorferstraße Nr. 5**
 Ecke Solmsstraße
 verlegt habe. Vereinszimmer für 50 Personen steht zur Verfügung. Die Jubiläen des Wahlvereins, der Arbeiter-Bildungsschule, der Maurer-Krankenkasse u. s. w. daselbst.
W. Grube.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein **Weiß- und Bairisch-Bier-Sokal**. Vereinszimmer mit Piano zu vergeben. **P. Schulz, Jahnstr. 1, Ecke Urbanstraße.** 1320b

Saal für 100 Personen Sonntags frei. Vereinszimmer für 20-30 Personen zu vergeben Alte Jakobstr. 63.

Groth's Restaurant „Sur Markthalle“. Täglich Bitterkonzert. Bremerstr. 11, vis-à-vis der Markthalle.
 Empfehle meinen **großen Saal**, 250 Personen fassend, zu Hochzeiten u. Versammlungen aller Art. Auch ist der 18. Februar noch frei. (3676L)
H. Brückner,
 Felle - Alliancestraße 87.

Achtung, Gewerbegerichts-Wähler!

Montag, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:
9 große öffentliche Versammlungen.
 Für den 1. Wahlkreis: **Scheffer's Salon**, Inselstr. 10.
 " " 2. " **Königshof**, Bülowstr. 37.
 " " 2. " **Unions-Brauerei**, Hasenhaide Nr. 22-31.
 " " 3. " **Boltz** (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße 75.
 " " 4. " **(Östen) Königsbank**, Frankfurterstraße 117.
 " " 4. " **(Südost) Urania**, Wrangelfst. 9/10
 " " 5. " **Philipp**, Rosenthalerstr. 38.
 " " 6. " **(Norden) Kronen-Brauerei**, Alt-Moabit.
 " " 6. " **(Norden) Weddingpark**, Müllerstraße 178.
 Tagesordnung in allen Versammlungen:
 1. **Besprechung über Gewerbe-Gerichte.** 2. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht 273/2
 Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend.
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, den 15. Februar, Abends 5 Uhr,
 im Lokale des Herrn Fey, Brunnenstr. 140.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streik bei der Firma Peest in Spandau. 2. Statutenberathung.
 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand.
 J. A.: Richard Topf, Gipsstr. 3.
 823/16

Berliner Bock-Brauerei

SW., Tempelhofer Berg.
 Unsere **54. Bockbier-Saison 1893**
 wird eröffnet am **Sonnabend, den 18. Februar.**
 Am 15. d. M. beginnt der Verkauf nach anseherlich. In Gebinden: 1/2 Tonne 4 M. 50 Pf., 1/4 Tonne 9 M., 1/3 Tonne 18 M., 1/2 Tonne 36 M. In Flaschen: Kiste à 50 Flaschen, inkl. Pfand für Kiste und Flaschen, 12 M. 50 Pf. frei hiesiger Bahnhof gegen Nachnahme. Bei freier Retournierung zahlen wir 6 M. Pfand für Kiste und Flaschen zurück.
 Die Tonne enthält circa 125 Liter, in demselben Verhältnis die kleineren Gebinde. 8669L*
Bockbier in Flaschen für Berlin
 nur echt, mit zwei in die Flaschen eingeblasenen Böden, liefern wir:
20 Flaschen für 3 M.,
 ohne Pfand frei Haus. Unsere Bockflaschen sind nicht verlässlich und werden auch dann als unser Eigentum zurückverlangt, wenn Händler solche unbesucht an sich bringen.
Sonnabend, den 18. Februar:
Eröffnung der 54. Bock-Saison.
 Anstich des Bockbieres.
 von den Regiments-Kapellen des 1. u. 2. Garde-Dragoner-Regiments unter Leitung der Regl. Musikdirektoren Voigt u. Rosin.

Zu den Einsegnungen!
Billigste Bezugsquelle
 von **Uhren**
Gold- u. Silberwaaren
Reinh. Wankel, 8665L*
 Brunnenstr. 121 b, Ecke der Auklamerstraße.
 Pferdewagen-Haltestelle.

Wichtig für Musikinstrumenten-Händler und Artisten.
 Im Laden Invalidentstraße Nr. 35 findet ein Massenverkauf von noch durchaus guten, zurückgesetzten Instrumenten aus den Inventurbeständen einer Instrumentenfabrik statt. Der Ankauf von schweizer Musikwerken, Mundharmonikas, Accordions, Concertinas etc. ist **Wiederverkäufern und Artisten** dringend zu empfehlen, da ein Nachlaß von 25 pCt. auf Normalpreise gewährt wird. 8675L*
Der Massenverkauf dauert nur kurze Zeit.

Noch nie dagewesen!
 In einigen Tagen erscheint:
Illustrierte Weltgeschichte für das Volk
 mit besonderer Berücksichtigung der Kultur-Entwicklung.
 Von **J. G. Vogt**, Verfasser von „Welt- und Lebensanschauung für das Volk“ 4 Bände à ca. 35 Hefte
 in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfennige.
 Illustrierte Prospekte sind gratis in der unterzeichneten Buchhandlung zu haben und werden auch dort schon jetzt Bestellungen entgegengenommen.
 Th. Mayhofer Nachfolger, Berlin N., Weinbergsweg 15 b.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung vom 11. Februar 1893, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Böttcher.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission betreffend den Antrag auf Ertheilung der Genehmigung des Reichstags zur strafrechtlichen Verfolgung des Reichstagsmitgliedes Dr. Nordt.

Die Kommission beantragt: die beantragte Genehmigung zu ertheilen.

Berichterstatter Dr. Vorsch führt aus, daß es sich darum handelt, daß die Direktoren der Banken, an welcher Dr. Nordt ebenfalls Direktor ist, verdächtig sind, den Stand der Bank falsch dargestellt zu haben. Dr. Nordt bestreitet, daß er sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat; die Kommission glaubt aber, daß dem Antrag des Staatsanwalts stattzugeben sei, um eine Untersuchung der Sache herbeizuführen.

Der Antrag wird angenommen.

Die zweite Berathung des Reichs-Haushaltsetats für 1893-94 wird fortgesetzt, und zwar beim Etat des Reichsamts des Innern, Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. v. Stumm (Rp.) glaubt, daß die Ausführung der Sonntagsruhe, wenn sie auch einige Härten mit sich gebracht habe, doch im allgemeinen befriedigend ausgefallen sei, und es würde auch durch Aenderung des Verfahrens kaum eine andere Wirkung erzielt werden. Selbst wenn der Rath befolgt werden sollte, den der preussische Handelsminister gegeben hat, daß man die Verkaufszeit auf 4 Stunden beschränken und in andere Stunden verlegen könne, so wird dadurch kaum etwas geändert werden. Klagen werden auch dann noch in großer Zahl bestehen. Die einzelnen Ausführungen des Redners sind nicht ganz verständlich, da er der Journalistentribüne den Rücken zuwendet. Redner widerspricht dann den Ausführungen Bebel's über die Arbeitsordnung und bestreitet, daß die Arbeitsordnung der preussischen Eisenbahnverwaltung geschweigen ist. Die Sozialdemokraten, sind keine politische Partei, sie suchen nur jede Autorität zu untergraben, wenn er die Geduld des Hauses so wenig schonen wolle, wie das von der andern Seite geschehen sei, so könnte er auf die Debatte zurückkommen. Er bitte aber bloß seine früheren Ausführungen nachzulesen. Die politische Gesinnung eines Arbeiters komme für ihn auch nicht in Betracht. Aber wenn der Arbeiter sich aktiv betheilige an einer Partei, so liege das Verhältnis anders. Wenn immer den Arbeitgebern vorgeworfen werde, daß sie die geheime Abstimmung ihrer Arbeiter kontrollieren, so ist die Kontrolle seitens der Sozialdemokraten eine sehr viel schärfere. Der Boykott wird als etwas Unschuldiges hingestellt; er sei aber ebenso wie der Terrorismus, der gegenüber den arbeitenden Personen bei einem Ausstände angewendet werde, immer ein Pressionsmittel der Mehrheit gegen die Minderheit, welches in bedenklicher Weise angewendet werde. Den Standpunkt des Herrn Stöcker bezüglich der Staatsverhältnisse könne er nicht theilen. Herr Stöcker will die Sozialdemokraten von denselben nicht ausgeschlossen wissen; er dagegen hoffe, daß bald andere Staatsverwaltungen in bezug auf die Energie gegenüber den Sozialdemokraten das Beispiel der preussischen Eisenbahnverwaltung und der Militärverwaltung nachahmen würden. (Beifall rechts.)

Abg. von Vollmar (Soz.): Man spricht immer vom christlichen Staate, und trotzdem ist das Gebiet der Sonntagsruhe von allen Seiten mit Füßen getreten worden, und als nicht zum wenigsten von unserer Seite die Sonntagsruhe verbessert worden ist, da sind wir, die Verächter aller Sittlichkeit, die Vertheidiger dieses Vorgehens gewesen und diejenigen, die sich als Bächter der Sittlichkeit und Religiosität betrachten, haben allerlei Bedenken vorgebracht, und welcher Lärm ist draußen im Lande bei den Anhängern der christlichen Parteien, bei den staatsbehaltenden Elementen losgegangen, während sonst diese Leute indolent alle möglichen Maßnahmen der Regierung über sich ergehen lassen. In Bayern hat sich gerade in den ultramontanen Kreisen der lebhafteste Widerspruch gegen die Sonntagsruhe geltend gemacht, nicht bloß beim Volk, sondern auch bei den Führern, auch bei den Geistlichen. Hier möchte ich das Zentrum das alleinige Verdienst der Sonntagsruhe zuschreiben; draußen lautet das Lied ganz anders. Da hat man nicht den Muth, sich den Klagen über die Schädigung durch die Sonntagsruhe zu widersetzen durch einfachen Hinweis auf den Katholizismus. Da werden die Sozialdemokraten der Urheber der Schädigung des ganzen Gesetzes bezichtigt und von der domnernen Supprebidat in der Kirche ist gar keine Rede. Speziell in Bayern machte man natürlich auch die Preußen dafür verantwortlich. Die Behörden zeigen sich äußerst nachgiebig gegen diese erbärmliche Strömung. Somit kümmert man sich sehr wenig um die Volksmeinung, denn die Regierung ist ja sehr viel weiser als das Volk und als wir hier, die wir Volkvertreter sein sollen. Wären nur die Arbeiter bei einer solchen Bewegung betheiligt, so hätte die Regierung sich nicht darum gekümmert, auch wenn hundert Mal mehr Unterschriften gekommen wären. Da ist man stark. Hier ist die Regierung zu haben zu allem und jedem. Bei uns in Bayern kapitalisieren die höheren Verwaltungsbehörden vor dem Eigennutz und der Beschränktheit. Einseitliche Bestimmungen für ganz Deutschland will ich auch nicht haben; aber es müssen doch gewisse Grenzen gezogen werden, die durch den Wortlaut des Gesetzes festgelegt sind. Das ist in Bayern durchaus nicht der Fall. In Nürnberg hatte der Magistrat für die Nahrungs- und Genussmittel-Geschäfte eine 14stündige Arbeitszeit beantragt. Das ist allerdings nicht bewilligt worden, aber die Geschäfte dürfen geöffnet haben von 5-9 Uhr Vormittags und von 11 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends. Das macht also eine 12stündige Arbeitszeit (Zurück: Sonntagsruhe). In Fürth liegen die Sachen ebenso. Die Geschäfte, welche Bäcker- und Konditorwaren verkaufen, dürfen offen halten von 6-9 Uhr Vormittags und von 10 1/2 Uhr Vormittags bis 7 1/2 Uhr Abends. Die übrigen Geschäfte für Genussmittel dürfen offen halten von 6-9 Uhr früh, von 10 1/2 Uhr Vormittags bis 3 1/2 Uhr Nachmittags und von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends (Hört!). Nebenbei liegen die Verhältnisse in Schwaben und Oberbayern; was bleibt denn da noch von einer Sonntagsruhe übrig? Namentlich in Oberbayern hat man allen Geschäften gestattet, den ganzen Sonntag mit Ausnahme der Stunden des Gottesdienstes bis 4 Uhr Nachmittags offen zu halten. Man hat dabei keinen Unterschied gemacht zwischen den Geschäften, welche tägliche Bedürfnisse befriedigen und anderen Geschäften. Diese Vorschriften widersprechen nicht nur dem Geiste des Gesetzes, sondern sind auch eine offensbare Umgehung des Gesetzes. Wir können Herrn Stöcker daher nur unterführen bei seiner Forderung, die Sonntagsruhe vollständig durchzuführen, wenn wir auch die kirchliche Heiligung des Sonntags nicht in den Vordergrund stellen. Die Regierung sollte hier einmal ein festes Rückgrat den Unternehmern gegenüber zeigen. Der preussische Minister hat die Klagen über die Eisenbahnverwaltung wegen der Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter von den Werksstätten als preussische Sache behandelt und es abgelehnt, darauf einzugehen. Einen solchen schwächlichen Einwand hätte der Minister vermeiden sollen. Wenn schließlich immer so Versteck gespielt wird zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, dann

fehlt schließlich jede Verantwortlichkeit. Wenn man die Sozialdemokraten ausschließt, kann man auch alle Personen von Beamtenstellen ausschließen, die nicht Konervative sind, die eine liberale Zeitung lesen u. s. w. Es hat mich gewundert, daß Herr Völkner gestern ein solches Verfahren gebilligt hat; er hat gemeint, die Arbeiter hätten ja das gleiche Recht. Das gleiche Recht der Arbeiter ist eine Fiktion; denn die Arbeiter sind auf die Gnade der Arbeitgeber angewiesen. Höchstens in der Zeit des mangelnden Angebots von Arbeitskräften können die Arbeiter ihre Bedingungen durchsetzen. Was würde man sagen, wenn die Arbeiter z. B. eines Zentrums-Abgeordneten von ihrem Arbeitgeber verlangen wollten, er solle sein Mandat niederlegen und sein Wort mehr im Sinne der Zentrumsparthei sprechen? Allgemein würde das gemißbilligt werden und Herr von Stumm würde sein ceterum censeo dazu geben: Es muß mit dem Knäuel drein gefahren werden. Ein Boykott wird von uns niemals mißbraucht. Ein Saal wird von uns nicht boykottirt, weil darin Konervative und Nationalliberale gesprochen haben, sondern weil man uns den Saal nicht gegeben hat, denn wir haben doch das gleiche Recht der Koalition wie alle anderen. In anderen Fällen wird man einen Boykott niemals von Seiten der Partei gebilligt haben. Wenn man das Vertragsrecht als allein maßgebend betrachtet, dann müßte es auch gestattet sein, den Arbeitern alle ihre staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen; das wäre ebenso berechtigt, wie die Unterjogung des Juges des bestimmter Versammlungen oder des Lesens einer bestimmten Zeitung. Man könnte auf diesem Wege ja die vollkommene Sklaverei wieder einführen! Wenn man diesen Standpunkt nicht vertritt, dann bleibt nur übrig, daß allgemeine gesetzliche Rechte der Arbeiter durch die Arbeitgeber nicht beeinträchtigt werden dürfen. In Frankreich sitzen in den Arbeiterbüros neben den freien Arbeitern auch die Arbeiter der französischen staatlichen Tabakregie, ohne daß Frankreichs Bestand dadurch gefährdet worden ist. Im eigenen Interesse sollten die herrschenden Parteien die Gleichberechtigung der Arbeiter achten, denn solche Maßregelungen müssen die Arbeiter erbittern. Wenn Sie darin keine Veränderung eintreten lassen wollen, wir können es ertragen, aber Sie dürfen sich über die Wirkung nicht wundern.

Bayrischer Bevollmächtigter Landmann: Was Herr von Vollmar heute vorgebracht hat, zeigt, daß Herr Bebel gestern sehr falsch unterrichtet war. In Nürnberg dauert am Sonntag die Arbeitszeit nicht bis 9, sondern nur bis 7 Uhr. Die bayrische Regierung verhält sich sehr reservirt gegenüber diesen Maßregeln, denn die höheren Verwaltungsbehörden haben zunächst die Verfügungen zu erlassen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Regierung von Aufsicht wegen eingreifen kann, aber so lange die Verhältnisse so wenig geklärt sind, wird sie wohl nicht eingreifen wollen, wenn nicht von Seiten der Interessenten Klagen vorliegen. Die Regierung wird sich abwartend verhalten, bis sie sich eine feste Meinung über die Bedeutung und Tragweite der Anordnung der höheren Verwaltungsbehörden gebildet hat. Daß in Mittelranken zu gunsten der Nahrungs- und Genussmittelbranche eine Ausnahme gemacht ist, ist durchaus gerechtfertigt, denn sonst hätte wohl der Reichstag eine solche Ausnahme nicht zugelassen. Es ist eine Beschäftigung von 7 Stunden z. B. in einem Bezirke gestattet, wobei angenommen wurde, daß die Arbeiter an einem Sonntage beschäftigt werden und am nächsten Sonntage frei haben. Das ist doch besser, als wenn sie an jedem Sonntage 5 Stunden beschäftigt werden. Die Vorschriften in Oberbayern hat der Redner geradezu als eine Umgehung des Gesetzes bezeichnet. Oberbayern ist ein ländlicher Bezirk mit vielen Einzelhöfen, wo die Leute gar nicht anders einkaufen können als in der Stadt; andere Kaufgelegenheit fehlt ihnen überhaupt. In der Woche haben sie nicht Zeit, also müssen die Bauern Sonntags Nachmittags in die Stadt einkaufen. Das ist keine üble Gewohnheit, sondern entspricht dem Zwang der Verhältnisse. In Oberbayern giebt es eine Redensart: Der Kaufmann hat nur zwei Geschäftstage. Der eine ist der Sonntag, der andere sind die sechs Wochentage. Würde das Sonntagsgeschäft nicht gestattet sein, so würde das Geschäft nachher den Hausfrauen zufallen, und es giebt schon in Bayern beinahe so viele Hausfrauen als febhafte Geschäftsleute. Man könnte streiten, ob die Verordnung zweckmäßig ist; die Hauptsache ist aber, liegt sie im Interesse der Bevölkerung. Jedenfalls muß festgestellt werden, daß von dieser Verordnung nicht Arbeiter getroffen werden, sondern meistens nur die Familienangehörigen der Arbeitgeber. Deshalb hat die bayrische Regierung es bisher unterlassen, von Aufsicht wegen einzuschreiten.

Abg. von Psetten (Z.) meint, daß man diese bayrische Angelegenheit doch hier nicht wohl diskutieren können; wozu sollte es führen, wenn die Ausführung der Sonntagsruhe in den einzelnen Bezirken hier diskutiert wird. Das Bürgerthum der kleinen Städte hat eine Schädigung von der Sonntagsruhe befürchtet; denn die Verhältnisse liegen so, daß namentlich die Dienstboten vom Lande nicht anders als Sonntag kaufen können, namentlich weil sie auch das Gutachten ihrer Eltern über den Kauf hören wollen. Deshalb ist der Regierung auf die Wünsche der Geschäftsleute eingegangen. Aber es handelt sich hier nicht etwa um eine Vermischung von Geschäft und Religion. Mit der Uebung der Religion ist jede berechtigte menschliche Thätigkeit verträglich, und es kann dem Zentrum kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß es die Interessen des Geschäftslebens berücksichtigt. Der Sonntag ist des Menschen wegen und nicht der Mensch des Sonntags wegen da.

Abg. Völkner (Df.) hebt hervor, daß von einem rein mancherlichen Standpunkte in bezug auf das Arbeitsverhältnis nicht die Rede sein könne. Er habe allerdings immer betont, daß die Nichttheilnahme des Staates die Regel sein solle; aber er habe in bezug auf die Arbeitsordnung dem Verbot zugestimmt, gewisse Dinge in die Arbeitsordnung zu bringen. Dazu gehört auch die Rücksichtnahme auf die politische Haltung der Arbeiter. Der Privatunternehmer könne seine Auswahl auch nach dieser Richtung treffen; aber der Staat, der nicht bloß Arbeitgeber, sondern auch Aufsichtsinstanz ist, sollte in dieser Beziehung keinen Mißbrauch treiben. Den Boykott verwerfe ich unbedingt und ich nehme mit Befriedigung von der Erklärung des Herrn v. Vollmar Akt, daß die Sozialdemokratie keinen anderen Boykott will, als einen solchen, wobei es sich um die Bekämpfung der politischen Gleichheit handelt. Bezüglich der Sonntagsruhe scheint mir allerdings in Bayern sehr viel Spielraum gelassen zu sein, während in Preußen dies zu wenig der Fall. Wenn sich ein Ausgleich vollziehen haben wird, wird das Gesetz über die Sonntagsruhe wohl allseitig als ein gutes anerkannt werden.

Abg. Buhl (nl.): Wenn von einem inneren Kriege die Rede ist, dann führen die Sozialdemokraten diesen Krieg, denn sie bezeichnen ja die Arbeitgeber als die eigentlichen Feinde des Arbeiters und sie verurtheilen den Arbeitern das Sparen, weil sie sonst wohlhabend werden und in den Mittelstand aufrücken könnten, wodurch sie ihnen entgegen. Ich habe von Anfang an betont, daß die Sonntagsruhe in möglichster Schonung durchgeführt werden müsse. Wir haben es hier nicht mit den Großkapitalisten, sondern gerade mit den kleinen Gewerbetreibenden zu thun, die von der Sonntagsruhe sehr erheblich getroffen werden. Auch die Arbeiter werden davon getroffen, denn sie können in der Woche ihre Bedürfnisse nicht befriedigen oder sie müssen vom Hausfrau in der Woche kaufen, da sie nur Son-

tags zum Kaufmann in die Stadt gehen können. Ich kann der bayrischen Regierung nur meinen Dank dafür aussprechen, daß sie den Wünschen der einzelnen Landestheile unter Wahrung des Gesetzes Rechnung getragen hat. Es ist von einer lazen Handhabung der Gesetzgebung gesprochen worden. Dagegen muß ich Widerspruch erheben. Die Durchführung des Gesetzes ist durchaus den Intentionen des Gesetzgebers entsprechend erfolgt.

Abg. Graf Prehsing-Dillingen (Z.) spricht sein Einverständnis mit den Ausführungen des Abg. v. Psetten aus, will aber auf die Sache selbst jetzt nicht eingehen, sondern behält sich vor, bei Berathung der eingegangenen Petitionen dies zu thun.

Abg. von Stumm (Rp.): Die Sozialdemokraten sind gar keine Arbeiter. Hier sitzen nur 88 wohlgenährte Bourgeois, und wir schämen die Arbeiter gegen diese Sozialdemokraten. (Heiterkeit.) Von der Boykottirung der Wirtschaften ist nicht die Rede, sondern davon, daß Fabriken boykottirt werden bei Ausständen u. s. w. Wo ist denn da die Gleichheit des Rechts?

Abg. Grillenberger (Soz.): Ich will gern zugeben, daß der bayrische Vertreter sich in sehr unangenehmer Lage befindet, wenn er die Verordnungen der bayrischen Bezirksregierungen vertreten soll. Wir wollen ihn nicht weiter angreifen, namentlich weil ihn die freiwilligen Regierungskommissare v. Psetten und Buhl so schlecht vertheidigt haben, daß er denken wird: Gott bewahre mich vor meinen Freunden! Ob die Geschäftszeit 12 oder 14 Stunden dauert, macht doch wirklich keinen Unterschied. Dieselben Verhältnisse, wie in Oberbayern, herrschen auch in Württemberg und Baden, und trotzdem ist es dort niemand eingefallen, die Dinge so zu ordnen, wie in Oberbayern. Uebrigens finden sich in Oberbayern nicht bloß Einzelhöfe, sondern auch sehr viele geschlossene Dörfer. Besser wäre es schon gewesen, die Gesetzesvorschrift für Oberbayern außer Kraft zu setzen durch Beschluß des Bundesraths und des Reichstages, aber auf eigene Faust hätte man die Vorschrift nicht außer Kraft setzen sollen. (Sehr richtig! links.) Was die Landleute brauchen, haben sie nicht nötig in der Stadt zu kaufen, denn in den Dörfern findet in der Woche ein Markt statt und dort werden oder können wenigstens die Dinge gekauft werden. Die Geschäftsgehilfen sollen mehr als 5 Stunden arbeiten, aber dafür jeden zweiten Sonntag frei haben. Die Leute sind viel zu abhängig von ihren Arbeitgebern, als daß sie von einem solchen Recht Gebrauch machen werden. Hier ist ein neues bayrisches Heirathsrecht geschaffen worden, das durchaus nicht berechtigt ist. Die schlechten Gewohnheiten der oberbayrischen Bevölkerung können wir doch nicht besonders schonend behandeln. Das manche Unbequemlichkeiten mit der Neuordnung verbunden sein werden, war wohl vorauszu sehen; es wird manchem schon am häßlichen Heerd darüber Vortrag gehalten sein, daß die Sonntagsruhe für die Hausfrau doch sehr un bequem sei. Die Zentrumsleute haben nicht bloß die Sonntagsruhe, sondern auch die Invalidenversicherung u. s. w. den Sozialdemokraten zugeschoben; diese sollen daran schuld sein. Früher war es mit der Heiligung des Sonntags noch enger gemeint. Da gingen die Sonntagswächter umher, um darauf zu achten, daß kein Sonntagsverkehr stattfindet. Ja, die kleinen Kinder wurden von den Geistlichen ermahnt, Sonntags das Schneiden zu unterlassen, denn jeder abfallende Spahn diene zur Schürung des Hegefeuerz. (Heiterkeit.) Daß die Hausfrau in Bayern so sehr zugenommen haben sollen, weiß ich nicht. Mir war gesagt worden, die Zahl derselben sei zurückgegangen. Herrn Buhl, der ein Pfälzer ist, möchte ich bemerken, daß die Hausfrau meistens Pfälzer sind. (Heiterkeit.) Die Reden des Herrn von Stumm sind immer dieselben, er warte sich dieselben wirklich sparen; denn uns befehrt er doch nicht. Herr von Stumm hat erklärt, daß er keine Anforderungen bezüglich der Arbeiter weiter aufrecht erhalten würde, z. B. in bezug auf die Ertheilung des Heirathsconsenses. Was würde Herr v. Stumm sagen, wenn die Arbeiter ihm das Heirathsverbot verbieten würden, weil bei der Vergrößerung seiner Familie sich kein Bedarf und damit keine Neigung zur Ausbeutung der Arbeiter feigert? Aber freilich die Arbeiter haben keine Millionen zur Verfügung, sie müssen täglich ihre Arbeitskraft unter den unwürdigen Bedingungen verkaufen. Deshalb ist die Moral, die uns gegenüber geltend gemacht wird, eine Unterdrückungsmoral. Sie würden eine solche Moral von Arbeitern ausgeübt gegenüber Arbeitgebern zwar nicht hier im Reichstag, aber draußen eine Schinderhannesmoral nennen.

Bayrischer Bevollmächtigter Landmann erklärt, daß er die Zahlen in bezug auf die Zunahme der Hausfrau in Bayern bei anderer Gelegenheit mittheilen würde; die Zahl wird überraschend wirken. Das Bedürfnis, daß die Landleute ihre Einkäufe am Sonntag machen, ist nun einmal vorhanden, und man muß damit auch rechnen. Die Zahl der Markttag im Dorfe ist eine sehr beschränkte, so daß die Bevölkerung damit nicht ausreichen kann.

Abg. von Vollmar: Meine Bewegungen sind von den Rednern immer mißdeutet worden. Gestern hat Herr Stöcker von meinem Lachen gesprochen und auch heute wurde aus meinem Kopfnicken und meiner Handbewegung Schlüsse gezogen. Ich möchte doch bitten, diesen Bewegungen keine so große Bedeutung beizumessen.

Abg. von Stumm: Ich habe hier keine sozialpolitische Rede gehalten, ohne dazu von den Sozialdemokraten provoziert zu sein.

Abg. Grillenberger: Herr von Stumm provoziert uns, sobald er überhaupt auf Arbeiterverhältnisse zu sprechen kommt, in einer fast beleidigenden Weise.

Präsident v. Levetzow: Herr v. Stumm hat niemals in beleidigender Weise provoziert.

Abg. Grillenberger: Das kommt ganz auf die Auffassung an.

Präsident v. Levetzow: Ich muß mich auf meine Auffassung berufen.

Abg. Grillenberger (fortfahrend): Der Boykott ist keine sozialdemokratische Erfindung. Die Ritter der Arbeit in Amerika üben den Boykott in ausgiebigster Weise, trotzdem sie so fromm sind, daß sie vor jeder Versammlung erst eine Messe hören. Am meisten verhängt aber die Militärbehörde Boykott. Sobald ein Gastwirth eine sozialdemokratische Versammlung gestattet, wird sein Lokal sofort den Soldaten verboten. (Präsident v. Levetzow: Das gehört nicht zum Reichsamte des Innern!) Ich werde darauf beim Militärkretel zurückkommen.

Darauf wird die Weiterberathung um 5 1/4 Uhr bis Dienstag 1 Uhr verlag.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorberathung der lox Heine fährt in der Berathung über die spanischen Stiefel, in welche Zentrumsleute Theateraufführungen und „ähnliche Darstellungen“ durch Gefängnisstrafen sperren wollen, fort. Bebel und Stadthagen führen im wesentlichen gegen die reaktionären Vorschläge aus: „es ist unmöglich, den Begriff, was Scham oder Sittlichkeitsgefühl grdblich zu verletzen geeignet sei“ fest zu umgrenzen. Sittlichkeitsbegriffe sind keine absoluten. Die ausübende Kunst ist bereits jetzt der Polizeijur unterstellt und in

vielen Fällen geht die Polizei zu rigoros vor! Habe sie doch selbst die Aufführung von Hauptmanns „Weber“, von Hartleben's „Hanna Jagert“, von Sand's „heilige Ehe“ verboten. Wenn ungeschickte Dichter oder solche, die sich so nennen, in plumper Weise hier und da Obscönitäten auf die Bühne bringen, so habe doch der Gesetzgeber kein Recht, den Geschmack des Publikums zu beeinflussen. Wie viele gehen denn in Vorstellungen, über die noch nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen ist? Wenn junge Mädchen in solche Darstellungen gehen, die etwas Gemeines zur Anschauung bringen, wer trägt daran Schuld? Kinder können ja wie vom Tanzboden so auch vom Besuch der Ringeltangel u. dgl. durch Polizeiverordnungen zurückgehalten werden. Welch eigenthümlicher Zustand, wenn die Polizei eine Aufführung gestattet und hernach die Gerichte bestrafen! Ein Mißbrauch des Theater-Knebel's gegenüber politischen Bestrebungen sei sehr nahe liegend. Ist eine sozialdemokratische, ja irgend eine Rede nicht geeignet, Nergerniß bei irgend jemandem zu erregen, der die Institute des Privateigenthums, der Religion, der Ehe, der Ausbeutung innerhalb der Gesellschaftsordnung für fittliche hält? Es wird das Verbot des Polizeipräsidenten gegenüber den Revolutionsbildern des Arbeiter-Bildungsvereins und des Metallarbeiter-Vereins ausführlich besprochen. Das Verbot ist „von Sittenpolizei wegen“ erfolgt, wiewohl die Bilder nicht einmal etwas anderes als schöne Gesichter nackt ließen. Von Seiten der Zentrums-partei, des Abg. Stöcker u. A. wird geäußert, daß ein politischer Mißbrauch getrieben werden könne. Das Verbot des Polizeipräsidenten — die Revolutionsbilder lagen aus — wird von keiner Seite vertheidigt, vielmehr erklärt, Mißgriffe untergeordneter Polizeibehörden seien doch nur Ausnahmen. Im übrigen wird auf Aufführungen des Residenz-theaters hingewiesen, gegeben, daß die von Arbeitern geleiteten Schaubühnen Obscönitäten nicht bringen, aber lebhaft bestritten, daß Kunst freie Bahn haben müsse: Es bedürfe strafgesetzlicher Repressalien. Ein Theil der Konservativen erblickt in dem Vorschlag ein Mißtrauen gegenüber der Polizeibehörden der Vertreter des Ministers des Innern und andere Regierungsvertreter stehen der Tendenz des Antrages sympathisch gegenüber, können aber eine bestimmte Erklärung noch nicht abgeben. Schließlich wird der Heuchelmöstenvorschlag des Zentrums (S. 183 und 188a) mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Debatte über § 16a der Regierungsvorlage wird eröffnet. Diese Pattenarrest-Bestimmung will Verschärfung der erkannten Strafe dem Verleihen des Richters anheimstellen, wenn die That von besonderer Nothheit oder Sittenlosigkeit des Thäters zeugt. Die Verschärfung soll darin bestehen, daß der Beurtheilte eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brot sechs Wochen lang erhält. Der konservative Abg. Dr. Giese beantragt mit den politischen Fremden, die die Annehmlichkeiten vielleicht von Amtsmöhenungen, nicht aber von Gefängnisaufenthalt aus eigener Wahrnehmung kennen, diesen Pattenarrest auf 6 Monate ausdehnen zu wollen. Regierungskommissar Geh. Ober-Justizrath Dr. Lucas versucht die im Plenum geltend gemachten Bedenken, daß event. politische Vergehen getroffen werden könnten, zu zerstreuen. Redakteure wolle die Regierung eine sanftere Stätte zubilligen. Die Verschärfung sei nötig, weil manche Leute unverbessert seien. Abg. Spahn (Z.) spricht sich für seine Person gegen die Vorlage aus. Der Richter könne die Individualität des Abzurtheilenden nicht erkennen. Eine sehr verschiedenartige Handhabung der Bestimmung sei zu befürchten. In der Strafvollstreckung gehe ein Zug der Zeit dahin, die Bestimmungen über die Straftat anderen Organen zu übertragen. In vielen Fällen, z. B. in Preußen, würde die Bestimmung erfolglos sein, weil Einzelheiten nicht in genügendem Maße vorhanden und die Mitgefühligen aus Solidaritätsgefühl dem Pattenarrestanten etwas zuwenden würden. Auch würde sie ihren Zweck durchaus nicht erfüllen, vielmehr den Trost und Haß des Sträflings nur erhöhen. Dem Sträfling gegenüber gelte es, moralische, ethische, erzieherische Elemente zur Geltung zu bringen, wenn die Strafe von Erfolg begleitet sein sollte. Regierungskommissar Geh. Ober-Justizrath Dr. Lucas führt einige Beispiele an, aus denen hervorgeht, daß Angehörige einem Pastor den Hut eingeschlagen und einer Dame ohne Erfolg Messerstücke beizubringen versucht haben. Solche Personen seien ethischer Einwirkung nicht zugänglich, es seien unverbesserte Leute, bei denen es angebracht sei, Pattenarrest zu verhängen. i. v. Abgeordneter Wieschke: Für manche Elemente ist die jetzige Strafe keine Strafe. Der konservative Dr. Giese hält einen Beschädiger eines Kriegesdenkmals für einen Pattenarrestanten und zwar auf die Dauer von 6 Monaten würdig. Abg. Stadthagen wendet sich lebhaft gegen die Vorlage. Die Bedenken des Abgeordneten Spahn seien in keiner Weise widerlegt. Sinyu teilt, daß die Vorlage absolut keinen Schutz gegen politische Mißbräuche gewähre. Das wollen die von den Freunden der Vorlage angeführten Beispiele gegen Studentenunruhen, vor allem aber gegen Anführer durch Pastoren zum Landfriedensbruch und Todtschlag sagen? Er erinnert an den konservativen Spenger, Blumberger, Blankenburger Nothheiten. Durch solche Willkürbestimmungen wird der Richter geradezu veranlaßt, seinem politischen Rache-Instinkt unbewußt Bethätigung zu verschaffen. Die Strafe nur zu verhängen, um einem „Unverbessertlichen“ wehe zu thun, sei brutal. Es gelte vielmehr, den Thäter zu bessern, die „Nothheit und Sittenlosigkeit“ zu beseitigen. Wenn der Redner des Zentrums meine, dies durch erzieherische, ethische Momente erreichen zu können, so erachte er diesen Standpunkt als einen unendlich viel sittlicheren als den der Regierungsvorlage. Es sei aber erforderlich, der Frage nachzugehen: wodurch wurde der Thäter roh und sittenlos? Da werde in den meisten Fällen sich zeigen, daß die Nothheit z. B. Folge der sozialen Verhältnisse, sei ein Produkt der heutigen Gesellschaft sei. Hier sei der Hebel anzusetzen: die Lage der arbeitenden Bevölkerung sei zu bessern, die sozialen Verhältnisse zu ändern, die Bildung zu erhöhen, die Sittenlosigkeit der ausbeutenden Klasse zu beseitigen. Das könne allerdings die heutige Gesellschaft nicht, wie der Vertreter der Regierung nett zugegeben haben. Sei sie doch dann konsequent: melde sie entweder ihren Bankrott an oder schlage sie radikal allen denen die Köpfe ab, die zu ihrer „Nothheit und Sittenlosigkeit“ durch die heutigen sozialen und politischen Verhältnisse gelangt sind. Wozu auf halbem Wege stehen bleiben? Gegen eine solche ungerechte, unweiser, unmenschliche, brutale Vorlage sei er auch deshalb, weil wir ja noch nicht einmal wissen, wann endlich ein Strafvollzugs-gesetz erscheinen werde. Sei denn die Behandlung von Gefangenen heute viel besser? Nachdem der Regierungs-Kommissar versichert hat, daß rohe Studentenanschreitungen nicht stattgefunden (vgl. Leipzig), wird die Debatte auf Donnerstag, den 16. Februar vertagt.

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die neue Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Adenkirchen und Nordenham (Refer. Hug-Want), Uckersee (Refer. Kessler-Berlin).

Gemeindevahlen. Nachdem in Wehrbrügge ein bisher geübtes ungeschicktes Wahlverfahren infolge der dagegen erhobenen Beschwerde abgestellt worden war, sind bei der Neuwahl des alljährlich auscheidenden Drittels der Gemeinderaths-Mitglieder sämmtliche von den Arbeitern, Handwerkern und Schiffern aufgestellten vier Kandidaten gewählt worden.

In Alt-Waldenburg (Schlesien) wurden zwei Parteigenossen gewählt. In Altstadt-Waldenburg siegte eben-

falls ein Sozialdemokrat, und zwar einer unserer ältesten Parteigenossen. Die Gegner stießen die Wahl um und nun errang er das Mandat mit 17 Stimmen Mehrheit, während er bei der ersten Wahl nur 1 Stimme Mehrheit erhalten hatte.

An die Parteigenossen im Königreich Sachsen! Die gegen Ende des Jahres 1892 und Anfang des Jahres 1893 in sächsischen Landgemeinden vollzogenen Gemeinderaths-Wahlen haben der sozialdemokratischen Partei einen namhaften Zuwachs an Eichen in jenen Körperschaften eingetragen. Das ist für unsere Partei um so erfreulicher, als ihr dadurch die Möglichkeit gegeben ist, noch besser als bisher auf die Gestaltung und Besserung kommunaler Verhältnisse einzuwirken und die Bevölkerung der Landgemeinden über die ersten und guten Absichten der Sozialdemokratie aufzuklären, sich dadurch aber auch immer mehr neue Anhänger zuzuführen. Nun hat der in Hohenstein-Ernstthal stattgehabte Gemeindevorstandstag der unterzeichneten Kommission aufgetragen, Fragebogen über verschiedene kommunale Verhältnisse aufzustellen und an die Gemeindevorstände behufs Ausfertigung zu versenden. Dies soll nunmehr geschehen; da wir aber die Adressen der Neugewählten, die in diesem Jahre in die Gemeindevorstände einzutreten haben, nicht kennen, so ersuchen wir um baldmögliche Bekanntmachung dieser Adressen, soweit dies bis jetzt noch nicht geschehen sein sollte. Da spätestens am 1. März die Verendung erfolgen soll, so müssen die Adressen bis dahin uns zugegangen sein. Die Genossen und die Arbeiterblätter werden um möglichst schnelle Verbreitung dieses Aufrufs gebeten. Die Adressen sind zu richten an Georg Dorn, Ebbau, Wildstrußerstr. 50, S. Die Kommission.

Eine Parteikonferenz für den 1. bayrisch-schwäbischen Reichstags-Wahlkreis Augsburg-Wertingen-Schwabmünchen tritt Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus „Zum Blauen Bod“ in Augsburg, Stefanplatz, zusammen. Die Tagesordnung lautet: 1. die politische Lage; 2. Aufstellung eines Kandidaten für die nächste Reichstagswahl; 3. die bayrischen Landtagswahlen; 4. die Vertretung der Agitation im Wahlkreise; 5. die Parteipresse. Die Genossen im ganzen Wahlkreise werden erucht, unverzüglich zu der Konferenz Stellung zu nehmen und für zahlreiche Theilnahme thätig zu sein. Alle Anfragen sind zu richten an den Vertrauensmann Karl Bruder, Augsburg, Mittl. Graben H. 405.

Ferner wird Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 8 Uhr, im Saalbau zu Friedberg eine Konferenz der Vertrauensmänner aus dem Wahlkreise Friedberg-Büdingen abgehalten. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes, 2. Wahl eines solchen, 3. Agitation im Wahlkreise, 4. Kandidatenfrage, 5. Abrechnung über die Listen zum Berliner Parteitag. Weitere Einladung erfolgt nicht! Pünktliches Erscheinen ist Pflicht jedes Vertrauensmannes.

Die Parteigenossen im Wahlkreise Kaiserlautern-Kirchheimbolanden halten Sonntag den 26. Februar im Saalbau zu Kaiserlautern eine Konferenz ab, um u. a. über folgende Punkte zu berathen: 1. Berichterstattung über die bisherige Thätigkeit, 2. Organisation und Agitation, 3. Presse, 4. die bayrische Landtagswahl, 5. die bevorstehende Reichstagswahl. Jeder Ort hat zu dieser Konferenz zwei Delegirte zu entsenden. Alle Genossen aus dem Wahlkreise sind zur Theilnahme eingeladen. Der Einlaß ist nur gegen Vorzeigung einer Karte gestattet; Genosse R. Kurz in Kaiserlautern, Raßenstraße 30, giebt diese aus.

Todtenliste der Partei. In Bieschen bei Dresden ist der alte, wohlbedachte Genosse Wilhelm Däberik gestorben; in Reudorf der Genosse Friedrich Schulze, der gleichfalls stets ein treuer Kämpfer für unsere Sache gewesen.

Polizeiliches, Gerichtliches u.
— Wegen Verleumdung des Hamburger Staatsanwalts Dr. Nomen stand der Redakteur der Halberstädter „Sonntags-Zeitung“, Genosse Martin unter Anklage. Er hatte die bekannte Aeußerung des Dr. Nomen, „in der ganzen sozialistischen Presse von der ersten Nummer des früheren „Sozialdemokrat“ bis zur letzten Nummer des heutigen „Vorwärts“ werde der im Parteinteresse geleitete Meinungs nicht nur gebilligt sondern sogar verherrlicht“, scharf angegriffen, außerdem aber zur Charakteristik des Dr. Nomen einen Vorfall aus dessen früherer Amtsthatigkeit in Frankfurt am Main mitgeteilt, wo Dr. Nomen bei Gelegenheit einer Anklage gegen einen Parteigenossen mit dessen Verteidiger Dr. Goldheim zusammengetreten war. Dr. Nomen hatte jede Ungehörigkeit auf seiner Seite in diesem Fall bestritten, Dr. Goldheim dagegen die Angaben des inkriminirten Artikels in wesentlichen Punkten bestätigt. Da zum Hauptverhandlungstermin nur Dr. Nomen, nicht Dr. Goldheim geladen war, beschloß das Gericht, gemäß dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalts Heine aus Berlin, die Vertagung. Der neue Termin ist interessant, da Dr. Nomen sich erboten hat, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung zu erbringen. Für Widerlegung wird gesorgt werden.

— Gegen die Freisprechung des Redakteurs Dr. Zug in Magdeburg, der wegen des Artikels „Die Krallen des Militarismus“ unter Anklage gestanden hatte, hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

— Genosse Königstedt in Magdeburg hat am Sonntagabend in Gommern eine vierwöchentliche Gefängnisstrafe angetreten.

— Die Dresdener Kreisbauernschaft hatte früher entschieden, daß sie keine Verleumdung des Vereins- und Versammlungsgesetzes darin finde, wenn die Polizei von den Einberufern der Versammlungen Auskunft über die Namen der Referenten verlange und die Versammlungen nicht dulde, sofern dieses Begehren nicht erfüllt würde. Diese Praxis besagte, zum ersten Male seit dem Fall des Sozialistengesetzes, die Amtshauptmannschaft zu Dresden-Alttadt, indem sie aus dem erwähnten Grunde die Abhaltung einer Parteiversammlung vereitelte, die in der Rothen Schänke in Döhlen abgehalten werden sollte. Auf die dagegen erhobene Beschwerde hat nun die Kreisbauernschaft durch Beschluß vom 9. Februar erklärt, daß die Polizeibehörden nicht berechtigt sind, die Nennung des Referenten zu fordern. Der Beschluß ist zwar in einer sehr milden, die Unterbehörden schonenden Form, aber dabei bestimmt gehalten und überdies in Einvernehmen mit dem Ministerium gefaßt. Er besagt ungefähr folgendes: Obwohl die Amtshauptmannschaft Dresden-Alttadt nach dem Fall des Sozialistengesetzes von dem Verlangen auf Nennung des Referenten abgesehen hat, ist sie neuerdings dazu gelangt, das Verlangen wieder zu stellen. Sie ist dazu veranlaßt worden durch einen Beschluß der Kreisbauernschaft auf eine Beschwerde gegen die Polizeidirektion Dresden, welcher besagt, daß in dem Verlangen der Polizeidirektion nach Nennung des Referenten keine Verleumdung des Vereins- und Versammlungsgesetzes liege. Die Beamten der Amtshauptmannschaft, welche die Ertheilung der Anzeigebestätigung wegen Fehlens des streitigen Erfordernisses verweigerten, resp. die Versammlung aus demselben Grunde aufhoben, seien daher im Recht gewesen. Nach neuerlichen Erwägungen sei jedoch die Kreisbauernschaft zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Verlangen nach Nennung des Referenten keine ausreichende Begründung im Gesetze finde. Die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ fordert nun die Genossen auf, unter Berufung auf diesen, im Einvernehmen mit dem Ministerium gefassten Bescheid der Polizei gehörend entgegenzutreten, wenn sie wieder die Referenten genannt haben will; die sächsischen Sozialdemokraten werden sich das nicht zweimal sagen lassen.

— Infolge einer Verleumdungslage des Domvikars Ed. Medel und elf Genossen wurde der Redakteur der „Unterfränkischen Volkstribüne“, Albrecht Galle, vom

Bürzburger Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe und sämmtlichen Kosten des Verfahrens verurtheilt.

Tokales.

Zur Geschichte der Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung feiert in diesen Tagen eine Art Jubiläum. Vor einem halben Jahrhundert, in der Sitzung vom 14. Februar 1848, wurde von ihr die bedingte Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen und die Zulassung wenigstens der stimmungsfähigen Bürger als Zuhörer beschlossen. Bis dahin hatte man an dem Prinzip, daß die Bürgererschaft über die Thätigkeit der Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlungen nichts Näheres zu erfahren habe, in Berlin wie in allen anderen Städten mit ziemlicher Strenge festgehalten.

Vorschläge zum Gegentheil waren freilich schon früh genug gemacht worden. Nach Erlass der Städte-Ordnung im Jahre 1808 verlangte man sofort auch, daß die Bürger über die städtischen Angelegenheiten genau unterrichtet würden. Schon 1809 hat Professor Wadjet, der Herausgeber des „Berliner Wochenblatt“, die Stadtverordneten wenigstens im Mittheilung ihrer Beschlüsse, damit er sie in seinem Blatte veröffentlichen könne, er erhielt jedoch von ihnen, wie Streckfuß erzählt, die Antwort, „sie könnten es ebenso wenig nützlich als nöthig finden, alle und jede Beschlüsse dem Publikum mitzutheilen. Sollte der Fall eintreten, daß solche Beschlüsse gefaßt würden, deren Bekanntmachung durch des Herrn Wadjet's Blatt von Nutzen sein könnte, so würde man ihm solche mittheilen.“ Die Stadtverordneten erachteten dann thatsächlich von Zeit zu Zeit Bericht über ihre Thätigkeit, und die Bürgererschaft war damit zufrieden. Im Jahre 1822 wurde die Frage von neuem angeregt, und zwar diesmal aus der Mitte der Stadtverordneten-Versammlung selbst. Der Stadtverordnete Junge beantragte, die Versammlung „möge höheren Ortes um die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen petitioniren“. Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde jedoch mehrmals vertagt, ein Verfahren, das auch heute noch unliebsamen Anträgen gegenüber beobachtet wird, und unterließ schließlich überhaupt.

Erst 20 Jahre später, 1842, kam die Sache wieder in Fluß. Damals wurde die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlungen allgemein gefordert. An der Spitze der Bewegung stand aber jetzt nicht die Landeshauptstadt, sondern der größere Provinzialstädte. Die Stadtverordneten-Versammlungen von Königsberg, Breslau, Magdeburg u. s. w. petitionirten um Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen an die Provinzial-Landtage von 1843. In Berlin ließ sich die Stadtverordneten-Versammlung erst durch die Bürgererschaft und die Zeitungen, welche deren Forderungen unterstützten, zur Theilnahme an der Bewegung drängen. Auf Antrag des Stadtverordneten Bernard ernannte sie 1842 eine Deputation, welche darüber berathen sollte, „in welcher Art eine größere Theilnahme der Bürgerchaft an den kommunalen Angelegenheiten der Stadt herbeigeführt werden könne, und ob dies vielleicht durch eine Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten zu erreichen sein dürfte“. Die Mehrheit der Deputation entschied gegen die Oeffentlichkeit. Aber die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, nachdem sie in der außerordentlichen Sitzung vom 7. Februar 1843 die unbedingte Oeffentlichkeit verworfen hatte, in der Sitzung vom 14. Februar die bedingte Oeffentlichkeit, das heißt die Zulassung nur der stimmungsfähigen Bürger als Zuhörer, und ersuchte den Magistrat, die erforderlichen Schritte bei der künftigen Regierung zu thun. Doch der Magistrat wollte selbst von diesem geringen Zugeländnis nichts wissen. Er verlangte die Angabe von Gründen. Daraus entspannen sich dann lange Verhandlungen, durch welche die Sache verschleppt wurde.

Inzwischen forderte die Regierung unter dem 13. September 1843 selber den Magistrat auf, für Veröffentlichung der Stadtverordneten-Beschlüsse, sowie von Jahres-Berichtsberichten zu sorgen. Damit sollte wenigstens denen, welchen der bloße Schein einer Oeffentlichkeit schon genüge, der Mund gestopft werden. Das war denn auch bei dem größten Theile der Berliner Spießbürgertums der Fall; denn als die Stadtverordneten-Versammlung am 1. Februar 1844 auf Antrag des Magistrates und mit Rücksicht auf jene Verfügung der Regierung ihren Beschluß vom Vorjahre wieder umstieß, regte sich kein Mensch darüber auf.

Erst am 23. Juli 1847 erließ infolge eines Antrages des Vereinigten Landtages Friedrich Wilhelm IV eine Kabinettsordre, welche die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen bestimmte. Das Verlangen danach war inzwischen wieder so lebhaft geworden, daß es bedenklich schien, sich noch länger dagegen zu sträuben. Die erste öffentliche Stadtverordneten-Versammlung in Berlin fand dann am 19. November statt. Anfangs war der Zulauf sehr groß. Aber bald wurden die Bänke leerer und leerer, und die Gegner der Oeffentlichkeit triumphierten.

Die Bevölkerung Berlins ist von damals 400 000 auf jetzt über 1 600 000 gestiegen. Die Zuhörtribüne im Stadtverordneten-Sitzungs-saale, die damals 150 Plätze faßte, ist nicht viel größer geworden, aber auch nicht viel voller, — von einzelnen Sitzungen abgesehen. Die, welche zuhören möchten, haben keine Zeit dazu, und die, welche Zeit dazu haben, mögen nicht zuhören. Die Letzteren, d. h. die Besessenen, finden augenscheinlich, daß ihre Interessen von den Stadtvätern so vorzüglich vertreten werden, daß sie selber sich gar nicht mehr darum zu kümmern brauchen.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute eine kaiserliche Verfügung, welche der Stadtgemeinde Berlin das Recht verleiht, die zur völligen Freilegung der Artilleriestraße und zur Freilegung der Schwedenstraße auf der Strecke von der Koloniestraße bis zur Weichbildgrenze mit Reinkendörfer innerhalb der festgesetzten Straßenfluchtlinien erforderlichen Grundstücksflächen im Wege der Enteignung zu erwerben.

Die Anschlagtafeln enthalten an bestimmten Stellen die Angaben über das nächste Polizei-Revier, Postamt, Feuermelde-stelle und ähnliche für Verkehr und öffentliche Sicherheit wichtige Institute. Allein bei Benutzung dieser Angaben empfiehlt sich für das Publikum Vorsicht. In der Gegend des Rottbuser Damms und der Hasenheide enthalten die Säulen die Angabe: Nächstes Postamt: Rottbuser Damm 45. In diesem Sinne hat sich aber nie ein Postamt befunden, sondern nur die schon seit langem eingegangene Postagentur, die letzte Einrichtung dieser Art in Berlin. Seit einem halben Jahre besteht ein neues Postamt in jener Gegend Urbanstraße 84; von diesem meldet aber keine Säule die Adresse. Derselben Säulen aber und außerdem die sämmtlichen Säulen in der benachbarten Gegend enthalten noch eine zweite unrichtige Angabe. Es soll sich danach nämlich das nächste Polizeirevier in der Pichlerstr. 84 befinden. Diese Angabe scheint dem Leser um so sicherer, als die Inschrift deutlich erkennen läßt, daß die frühere Adresse überstrichen und die neue darüber geschrieben ist. In Wirklichkeit befindet sich das zuständige Revierbureau aber gar nicht dort, sondern Schönleinstr. 7 und es ist geradezu komisch an der Säule, welche vor den Fenstern des Revierbureaus sich befindet, diese falsche Angabe zu finden. Die Sache wird dadurch nicht entschuldigt, daß dem Maler, der diese falsche Aufschrift anbrachte, ausdrücklich die Unrichtigkeit derselben mitgeteilt worden ist; worauf er sich nur auf die ihm erteilte Anweisung berief. Die Sache kann unter Umständen able Folgen für jemanden haben, der sich nach der falschen Angabe richtet. Wer auf die Bestellung seines Revierstandes sich nach dem falschen Bureau begibt und dort einfach den Bescheid erhielt, daß von seiner

Verordnung nicht bekannt sei, der hätte zu gewärtigen, daß er demnächst wegen unterlassener Befolgung der polizeilichen Ladung zwangsweise nach dem zuständigen Bureau führt wird.

Elf Soldaten verunglückt. Das Gerücht von einem furchtbaren Unglück durchschwirte unheimlich in den gestrigen Vormittagsstunden das nahe Schöneberg. Unbestimmte Gerüchte nur drangen über die Mauern des Militär-Bahnhofes. Auf diesem selbst begegnete man grimmig ernsten Gesichtern, niemand wollte mit der Sprache heraus. Im Regiments-Geschäfts-Bureau jedoch wurde auf bestimmte Anfrage der ebenso bestimmte Befehl, daß strengstens verboten worden sei, über den Unglücksfall etwas zu äußern. Trotzdem haben wir folgendes in Erfahrung gebracht: Pioniere waren Sonnabend früh damit beschäftigt auf dem an der Kolonnenstraße gelegenen Exercierplatz des Eisenbahnregiments die sogenannte Schulz'sche Brücke aufzuschlagen. (Es ist dieses eine ganz aus eisernen Schienen und Trägern zusammengesetzte Brücke, eine Erfindung des Hauptmanns Schulz.) Von der äußeren Böschung des Eisenbahnterrains aus betrachtet ist nun diese Brücke in der Mitte derart zusammengebrochen, daß die ganze linke Hälfte sich nach links hinüber neigte. Beim Einsturz sollen 14 Mann verunglückt sein, 6 wurden schwer, die anderen leicht verwundet.

Sachverständige sind der Meinung, daß diese Brücke sich in dem letzten Moment gut bewährt habe, vermuthlich wird ein Versetzen in bezug auf die Verbindungsschrauben das Unglück herbeigeführt haben.

Wenn die Schuld an dem Unglück trifft, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben. Im Publikum kursirt das Gerücht, daß vor Aufstellung der Brücke die Beschaffenheit des Erdreichs nicht untersucht worden sei.

Ueber den Unglücksfall bringt eine hiesige Lokalkorrespondenz nachträglich noch folgende Mittheilung:

Die Brücke, die unter Leitung des Hauptmanns Lübeck aus Eisen hergestellt wird und bis zum Montage fertig werden sollte, hatte den Zweck, bei Manövernübungen gebraucht zu werden und steht auf freiem Felde. Es arbeiteten daran Mannschaften verschiedener Kompagnien. Ein Träger lag bereit, und ein zweiter sollte hochgebracht werden. Um dies schnell zu bewerkstelligen, wurde der 7 Meter lange Träger, der zur Hälfte auf dem Erdboden, zur Hälfte in der Schwebe lag, mit Hilfe von Stützen hochgehoben. Da nun zwei Stützen so standen, daß die beiden Enden des Trägers nicht darauf ruhen konnten, so sollte der Träger in eine andere Lage gebracht werden. Hierbei fiel er herunter, so daß das eine Ende eine Lücke beschädigte, das andere elf Soldaten, unter diesen zwei Unteroffiziere, traf. Die Verunglückten, die alle mehr oder minder schwer verletzt worden sind, wurden durch Kameraden aus ihrer Lage befreit und mittels Krankenwagens vom Train und Drofsack nach dem Lazareth übergeführt. Ein Unteroffizier wurde noch im letzten Augenblick von einem anderen bei Seite gerissen; sonst wäre er gleichfalls von dem Träger getroffen worden. In dem Augenblicke des Unfalls herrschte allgemeine Verwirrung. Der Träger selbst hat erhebliche Beschädigungen durch den Fall erlitten. Die Brücke und ihre Umgebung wurde sofort militärisch abgesperrt. Ein Verschluss an dem schweren Unglücksfälle dürfte weder der Leitung, noch den Mannschaften beizumessen sein, da stets die nöthige Vorsicht geübt worden ist.

Von dem Obermälzer der Brauerei Friedrichshain, Herrn A. Wichmann, geht uns folgende Entgegnung auf die in Nr. 34 gebrachte Mittheilung zu:

Auf den Artikel des Kollegen Barth in Nr. 34 des „Vorwärts“ erwidere ich hiermit, daß es nur eine gerechte Entrüstung meinerseits über seine Zuzählung war, ihm vielleicht die Freischlagspause verkürzen zu wollen. Ich bedeutete dem Kollegen Barth, daß es gegen das Anstandsgefühl wäre, mich in so unfälliger Weise zu kontrollieren. Durch sein Erwidern gereizt, verging ich mich zu dem Ausdruck: „Du bist ein gemeiner Hund!“ was in Brauerkreisen und unter Kollegen durchaus nicht so schwerwiegend ist, da in einer so kleinen Mälzerei wenig Unterschied zwischen Obermälzer und Mälzer ist, wo der Obermälzer ebenso wie der Mälzer mitarbeiten muß.

Als es sich um Arbeitsverhältnisse handelte, wurde ich von den dazu bestimmten Vertrauensmännern über dieselben befragt. Wie dem Kollegen Barth meine Darstellung mitgeteilt wurde, antwortete er darauf: „Der Obermälzer ist gar nichts, was er sagt, ist gar nichts!“ Warum legt Barth nun gerade in dieser Sache meinen Worten so viel Gewicht bei? Auch sagt Barth in seinem Artikel, er sei als organisiertes Mitglied der Arbeiterschaft gehaft worden, was ich energisch bestreite, da alle Kollegen Mitglieder des Bauvereins und der Arbeiterschaft sind und insofern dessen alle gehaft werden müßten. Im Gegentheil war ich stets sehr nachsichtig gegen Barth, als er im Herbst der Mälzerei zugestrichelt wurde und sehr schwache Mälzereibegriffe hatte. Auch finde ich es nicht hübsch, daß sich Barth erst nach so vielen Wochen, und nachdem er von der hiesigen Brauerei abgegangen ist, die Sache in die Öffentlichkeit bringt; wenn er glaubte, in seinem Rechte zu sein, hätte er die Sache doch sofort zur Kenntnis des Braumeisters und der Direktion bringen können. In der Brauerei Friedrichshain sind solche Austritte bisher nicht vorgekommen, alle Brauer sind bereit, es zu bezeugen, daß nur das eigenthümliche Betragen Barth's diesen kurzen Streit hervorgerufen hat, und allgemein wird diese Art, sich zu rächen, von den Kollegen verurtheilt. A. WICHMANN, Obermälzer.

Der „Album-Fabrikant“ Herr von Schlieben aus Friedebau ist auf Grund eines Haftbefehls am Donnerstag durch

einen Amtsdieners in das Moabiters Untersuchungsgefängnis eingeliefert und am Freitag durch den Untersuchungsrichter des Landgerichts II, Landgerichtsrath Friedberg, vernommen worden. Es ist aber verfrüht, wenn von einer Seite behauptet wird, daß Herr von Schlieben bereits zugestanden hätte, in hundert Fällen von den Defektirten dieses Jahres je 20 Mark zur Herstellung eines Albums einzuziehen versucht zu haben. Ueber den Umfang des Geschäftes liegen bestimmte Zahlen noch nicht vor, weder durch Geständnis, noch durch die angestellten Ermittlungen.

Polizeibericht. Am 10. d. M. Morgens wurde ein Agent in seiner Wohnung in der Kochstraße todt aufgefunden. Er hat sich anscheinend mittels Morphium vergiftet. — Vor dem Hause Brüdensstr. 15 fand Vormittags ein Zusammenstoß zwischen einem Bierwagen und einem Kohlenwagen statt, wobei der auf dem erkerter sitzende Arbeiter Otto am Fuße so schwer verletzt wurde, daß er nach dem Krankenhaus Verbanen gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde vor dem Hause Leipzigerstr. 75 der Hausbier-Gast durch einen Omnibus überfahren und am Knie so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — Auf dem Oranienplatz gerieth Abends ein Zimmermann unter die Räder eines Bierwagens und erlitt anscheinend bedeutende Verletzungen. Er wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Im Laufe des Tages fanden acht kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Unter der Auflage der Körperverletzung mit tödtlichen Erfolge stand gestern der Lötzermeister Franz Schrot vor den Schranken des Schwurgerichts am Landgericht I. Die Verhandlung lieferte einen betrübenden Beitrag zu dem Kapitel von der Leichtfertigkeit, mit welcher gewisse Leute bei belanglosem Streit sofort zum Messer greifen. Am 18. April vorigen Jahres, dem Ostermontag, war der Angeklagte mit einem Arbeiter Royalle in einem Bierloale in einen Wortwechsel gerathen, der schließlich in Thätlichkeiten ausartete. Royalle hatte dem Angeklagten im Verlaufe des Streits einen Faustschlag ins Gesicht gegeben und war dann aus dem Locale entflohen, da ihm der Angeklagte mit mehreren anderen Personen auf den Leib rückte. Royalle floh in sein Haus und schürzte die Treppe zu seiner Wohnung hinauf, der Angeklagte dicht hinter ihm her. Bei dem Bewähren, seine Wohnungstür zu öffnen, erlitt er eine verhängnisvolle Verletzung. Der Angeklagte langte vor der Thür an noch ehe Royalle hinter derselben verschwinden konnte; in seiner Wuth ergriff er ein Messer und stach seinen Gegner in das linke Knie, so daß das Blut in Strömen floß. Der Verletzte ergriff inständig einen Knüttel und schlug seinen Angreifer damit über den Kopf. Die Verletzung hatte sehr üble Folgen. Die Wunde vorreißte, es trat der Brand hinzu, das Bein mußte amputirt werden und Royalle ist an der Verletzung gestorben. Der durch den Rechtsanwalt Remling verteidigte Angeklagte suchte die Sache so darzustellen, als ob er sich im Stande der Nothwehr befunden habe, er lehnte auch die Verantwortung für den traurigen Ausgang ab. Sanitätsrath Dr. Wittenzweig begutachtete aber, daß der Verletzte in unfähigem Zusammenhange mit dem eingetretenen Tode stehe. — In Gemäßheit des Wahrspruchs der Geschworenen verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten, dessen Beumund nicht der beste war, zu 6 Jahren Zuchthaus.

Leipzig, 10. Februar. Vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts wurde heute in Angelegenheit des in Berlin verurtheilten Bankiers Hugo Böhm verhandelt. Das Urtheil des dortigen Landgerichts I lautete wegen einfachen Bankrotts, sowie wegen zweier Betrugs- und fünf Unterschlagungsfälle auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft, außerdem wegen Steuerhinterziehung auf 576 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte sowohl wie der Staatsanwalt hatten Revision eingelegt; der Staatsanwalt namentlich auch wegen einer Reihe von Vergehen, bei denen vom Gericht auf Freisprechung erlann worden war. Bei der Verhandlung vor dem Reichsgericht bemerkte der Reichsanwalt u. a.: „Im Hinblick auf die geradezu auffallende Milde, welche das Gericht gegen die faktualische Persönlichkeit des Angeklagten hat walten lassen, ist der Staatsanwaltschaft daraus kein Vorwurf zu machen, daß sie in demjenigen Fällen, in denen Freisprechung erfolgt ist, die Revision ebenfalls eingelegt hat. Es leuchtet indessen ein, daß die Revision durch lediglich thatsächlich abweichende Darlegung nicht zu begründen ist. Ich kann deshalb nur anheim rufen, die Freistellungen zu gunsten des Angeklagten aufrecht zu erhalten.“ Das Urtheil des Reichsgerichts lautete: „Das Erkenntnis des Landgerichtes wird auf die Revision des Angeklagten soweit die Verurteilung wegen Betruges in Frage kommt, aufgehoben, dagegen werden die Freistellungen bezüglich der Unterschlagung aufrecht erhalten. Weiter wird auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urtheil aufgehoben, soweit der Angeklagte wegen einfachen Bankrotts verurtheilt worden ist. Im übrigen werden beide Revisionen verworfen.“

Versammlungen.

Vergnügungsgesellschaft Frühlings bei Herrn Richter, Barnimstr. 15, Sitzung 8 Uhr. Nach derselben: Gemüthliches Beisammensein.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, bei Otto Klein, Schönebergstr. 4. Vortrag des Genossen Baharst Robert Wolf. Über: Coynale Streikrichter. **Flüchtlingsarbeiter.** Öffentliche Versammlung am 12. Februar im Saale des Herrn Böllig, Neue Friedrichstr. 44. **Privat-Theatergesellschaft Walthalla.** Jeden Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenstr. 45. Sitzung. **Große Klub-Summe.** Sitzung am Sonntag, den 12. Februar, Nachmittags 6 Uhr, im Restaurant Dietrich (fr. Schumann), Alexanderstr. 22. **Vergnügungsgesellschaft „Italia“.** Sonntag, den 12. Februar, Sitzung mit Damen bei Roland, Schloßstr. 26, 1 Tr. **Pöbelstr. 22.** **Geselliger Verein „Regina“.** Am Sonntag, den 12. Februar, im deutschen Hof, Sünderstr. 15, Gesellschaftabend. Anfang 7 Uhr. Jeden Dienstag bei Schindlerstr. Oranienstr. 153. **Flumen-, Puh- und Federbrände.** Sonntag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Genossen Geut. über: Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen-Unterstützung. Nachdem: Gesellschafts-Beisammensein. **Vergnügungsgesellschaft „Lustige Jugend“.** Sitzung Stachel's Plantas Grove, Hauptstr. 15. Anfang präzis 8 Uhr. **Flüchtlingsarbeiter.** Sonntag, den 12. Februar, Vormittags 10 Uhr, Volksversammlung bei Seefeld, Oranienstr. 22. **Vergnügungsgesellschaft Gorkha.** Sonntag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, Sitzung bei Wollschläger, Glumantstr. 79. **Pöbelstr. 22.** **Abend- und Saalveranstaltungen und Genußgesellschaften.** Sonntag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, bei Wollschläger (fr. Klein), Hauptstr. 27. **Beisammensein.** In beiden Versammlungen spricht Genosse W. Schwaiger, über: Die politischen Kämpfe im Reichstage in letzterer Zeit. **Sitzung, Schuhmacher.** Große öffentliche Versammlung aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag, den 13. d. M., Abends 8 Uhr, in Häfelf's Salon, Spantienstr. 10. **Beisammensein.** Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Kollegen Seuf und Gründung einer zweiten Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher. **Humanitäre Gemeinde.** Kommandantenstr. 79. Montag Abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Geut. Der Mensch inmitten der Natur. **Golf- und Freizeitsport Berlin und Umgegend.** Mitglieder-Versammlung am Montag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, im Hotel des Herrn Klein, Schönebergstr. 4. **Ordnung der Schuhmacher.** Berlin 4. Montag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, Pöbelstr. 22. Vortrag über: Hochschule und Wirtschaft. **Privat-Theatergesellschaft „Regina“.** Montag, Abends 8 Uhr, bei Schumann, Adalbertstr. 8. Sitzung und Beisammensein. **Arbeiter-Gesellschaft „Nord“.** Montag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, bei Heller, Bergstr. 29. Monats-Sitzung. **Arbeiter und Arbeiterinnen der Fließhahnenbrände.** Öffentliche Versammlung am Montag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Böllig, Neue Friedrichstr. 44.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) **Brüg, 11. Februar.** Heute schlossen sich den 1100 streikenden Arbeitern der staatlichen Kohlengruben bei Kopitz die Arbeiter mehrerer Nachbarschaften an, so daß die Gesamtzahl der Streikenden nunmehr gegen 2000 beträgt. Dieselben verlangen Entlassung missliebiger Aufsichtsborgane und Wiederaufnahme entlassener Arbeiter. **Genf, 11. Februar.** In dem Sozialistenprozesse wegen des blutigen Zusammenstoßes mit der Polizei am 12. Dezember v. J. wurde heute das Urtheil gesprochen. Acht Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 18 Monaten bis zu 15 Tagen verurtheilt, fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein.

Briefkasten der Redaktion.

Verichtigung. Der Name des in der letzten Versammlung des Wahlvereins für den 2. Reichstags-Wahlkreis gewählten Beisitzes lautet, wie uns mitgeteilt wird, nicht Barbod, sondern Paduch. **H. Schmidt, Friedberg.** Konnte wegen Stoffandrangs erst in Nr. 34 veröffentlicht werden. **Abonnent.** Der Originaltext ist durch unsere Buchhandlung gegen Einsendung von 50 Pf. zu beziehen. **G. B. 425.** Ja: vierte Klasse. **L. N. Nigdorf.** 1. Ja verjährt. 2. Ohne Einsicht Ihres Vertrages läßt sich nicht mittheilen, welche Rechte oder Pflichten aus demselben folgen. **Vormund.** Die Beerdigungskosten sind mit inbegriffen.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein: **D. F. 10.** —, Mittenwalderstr. 15 3. —, Deutsche Sozialisten in der Schweiz durch G. B. in Zürich (2. Rate) 200. —, Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer durch H. Faber 50. —, Von zielbewußten Malern, Bau Friedrichstr. 239, durch H. 6. —, Telegraphenanstalt Neuenburgerstr. 266. Von den Wälsche-Zuschreibern der Firma Salomon Rosse, Alte Jakobstr. 77 5.75. Von einigen Bayern durch Hatzel 3.20. **Brauerverein der Provinz Brandenburg 92.20.** **Durch die Streit-Kontrollkommission:** Liste 31 10.20. Liste 32 5.70. Liste 33 10.45. Liste 34 13.45. Liste 35 9.50. Liste 36 13.30. Liste 37 5.15. Liste 38 15.80. Liste 39 5.90. Liste 40 —, 80. Liste 41 3.65. Liste 42 15.10. Liste 101 10.05. Liste 102 2.45. Liste 103 4.25. Liste 109 1. —. Liste 110 1.80. Liste 114 6.25. Liste 115 11.55. Liste 117 4.75. Liste 118 5.95. Liste 139 4.50. Liste 145 12.75. Liste 147 8.20. Liste 172 16.55. Liste 185 6.85. Liste 187 9.10. Liste 189 6.25. Liste 190 3.25. Liste 193 9.20. Liste 198 15.80. Liste 197 6.50. Liste 198 5.90. Liste 508 6.95. Liste 521 11.70. Liste 522 8.05. **Beispiegelbergs Berlin 30. —, Summa 698,70 M.** Bereits quittirt 9867,55 M.; in Summa 10 561,25 M.

Buss' Salon,
Große Frankfurter-Str. 85.
Sonnabend im März an Vereine zu ergeben. 12596
Parteienossen empfehlen mein schön eingerichtetes Lokal zum gefälligen Besuche. Vereinszimmer als Zählstelle für 40 Personen. **Edmund Reuter, 3952L.***
Ewinenänderstr. 45.
Kanarienhähne, feinste Gohl- und Klingen-Holl. F. Schulz, Wörlitzerstr. 36.

F. Wietsh, Tanz-Institut, Dresdenstr. 10.
Ein u. Lehrkurs für Damen u. Herrn. Sonntag, 12. Febr., Nachm. 4 Uhr. Nachm. Adalbertstr. 5 und bei Weg. des Untere. Im 2. Institut Bremerstr. 72. Montag, 13. Febr., Abds. 8 Uhr, ein Kursus nur f. Contro-Ansse, Quadrille, Walzer. Nachm. Montag Abds. v. 8—10
Vereinszimmer bis zu 80 Personen, auch als Zählstelle zu vergeben. Zwei Regelbahnen, Stunde 60 Pf., empfiehlt **G. Lechnitz, Königbergerstr. 23.**

Wirtschaft, Kinderbettstelle, Herophon bild. verk. Fichtenstr. 9, II. r.
Betten, fein. Stand, neu, sof. f. 22 M. zu verk. Briegerstr. 10, vorn part.
Nastengarderobe b. **Klaar, Raunpstr. 18, 1 Tr.** 18246
Ein Sopha verkauft der **Verwalter Admiralstr. 8.** 8015
Schlafft. f. 2 1/2 o. d. b. **Reimann, Dresdenstr. 11, Hof 1 Tr.** 18068

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Oranienstr. 55 (Moritzplatz)
Sprechst. 8—1, 3—5. Politikus f. Unbemitt. 1—3, 5—6. Künstl. Zähne 2 Ml.

G. Superczynski, künstliche Zähne, Juvalidenstr. 105, II.

Zahnarzt **Robert Wolf, Brunnenstr. 4 (Rosenthaler Thor).** Künstl. Zähne v. 2 Ml. an. Plomb. v. 1,50 Ml. an. Schmerz. Zahnziehen 1 Ml. Sprechst. 8-7



Schmerzloses Zahn-, Korvt. Süss, Faldensteinstr. 32.
Kanarienvogel, Zuchtweibchen (bunte) 1,50 Ml. bei Kranke, Liegnitzerstr. 80.
Mädchen f. Schlafft. Reye, Liegnitzerstr. 17.
Frdl. Schlafft. Oranienstr. 13, v. II. 4.

Möbeltischlerei und Polsterwaaren-Fabrik
von **A. Schulz, 5. Reichenbergerstraße 5.** 8392L.
Größtes Lager einfacher und besserer Wohnungs-Einrichtungen von 240—3000 Mark.
Cirka 100 komplette Einrichtungen stets am Lager.
Garantie für dauerhafte Arbeit. Solide Preise.

Bestes Nähgarn!
Glühlampen habe ich am Dienstag Abend in der Stadtbahn liegen lassen. Ich bitte den ehrlichen Finder, dieselben gegen Belohnung abzugeben bei **Liebenow, Memelerstr. 81, 3. 1 Tr.**
Kanarienhähne u. Zuchtweibchen verk. **Arndt, Brangelstr. 14, Hof 4 Tr.** 86612 **Arthur Stadthagen.**

Einsegnungs-Anzüge. Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsachen, Bestellungen nach Maß. Einsegnungs-Anzüge.
empfehlen wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen
J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstrasse 18, Ecke der Stettinerstraße.
Ich habe keine Filialen und sehe mit ähulich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten. 8645L.*

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, bei Bölling,
Neue Friedrichstr. 44:

Verammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
370/6 **Der Vorstand.**

Bauarbeiter-Verein der Rosenthaler Vorstadt.

Versammlung

am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des
Herrn Wilke, Hochstraße Nr. 32a.
Tages-Ordnung:
1. Erniedrigung der Monatsbeiträge oder Erhöhung der wöchentlichen
Unterstützung. 2. Diskussion über den Antrag des Kollegen Wallentin.
3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Neue Mitglieder
werden aufgenommen.
128/5 **J. A. W. Genz, Bernauerstr. 114c.**

Maler.

**Versammlung der Filiale 5 (Norden) der
Maler, Lackierer, Anstreicher u. s. w.**
am 13. Februar 1893, Abends 8 1/2 Uhr, bei Nikolay,
Eliabetskirch-Strasse Nr. 14.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtorordneten Th. Metzner über: „Was ist die
Schule und was soll sie sein?“ 2. Diskussion. 3. Filialangelegenheiten.
215/5 **Der Vorstand.**

Achtung! Bildhauer. Achtung!
Große öffentliche Versammlung der Bildhauer Berlins
am Donnerstag, 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
des Herrn Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Staat und Zukunft“. Ref. Herr Dr. Lütgeman.
2. Bericht des Delegierten zur Streit-Kontrollkommission event. Neuwahl des-
selben und Ersatzwahl zur Kommission. 3. Wie stellen wir uns zu der vom
Zentralverein für Arbeitsnachweis geplanten Zentral-Stellenvermittlung sämt-
licher Arbeiter Berlins? 4. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber bittet um zahlreichen Besuch
116/20* **Die Kommission.**

Ethische Gesellschaft.

Sonntag, den 12. Februar, Abends 6 1/2 Uhr, in den Grätzel'schen
Stierhallen, Kommandantenstr. 79: 141/4

Versammlung.

Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Die Weltanschauung
der alten Griechen“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.
Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein und Tanz.

Verein Berliner Hausdiener.

Dienstag, den 14. Februar, Abends 9 Uhr, in den Armin-Gallen,
Kommandantenstraße 20:

Ordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Mitteilung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Ausgabe der Biletts
zu dem am 18. März stattfindenden Maskenball. 3. Vereinsangelegenheiten
und Fragelasten.
181/5 **Der Vorstand.**

Leseklub Dietzgen.

Deffentl. Versammlung für Frauen u. Männer
am Sonntag, den 12. Februar, Nachm. 4 1/2 Uhr,
bei Pape (früher Knebel), Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Sassenbach über: Die heilige Inquisition
und ihre Tätigkeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 198/19
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.

Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichsberg.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 14. Februar 1893, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Paul, Nummelsburgerstr. 45.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Rud. Köster über „Die Pariser Kommune“. 2. Dis-
kussion. 3. Antrag auf Anschaffung einer Bibliothek. 4. Bericht des Ge-
meindevertreter's Genossen Schulz. 5. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden
aufgenommen. 122/2
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen zu Berlin.

General-Versammlung

am Sonntag, den 12. Februar, Nachm. 4 Uhr.
Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung pro 1892. 2. Wahl des Gesamt-
vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes.
Nach Schluß der Versammlung gefellige Abend-Unterhaltung, bestehend
in Tanz, Konzert und humoristischen Vorträgen. Gäste willkommen.
109/1 **Der Vorstand.**

Achtung!

Andreas-Strasse 21, Joël's Festsäle, Andreas-Strasse 21.
Sonntag, den 19. Februar 1893: 275/11*

Grosser Wiener Maskenball

arrangirt von Mitgliedern des **Vereins deutscher Schuhmacher** und
der **Zentral-Krankenkasse der Schuhmacher Deutschlands.**
Am 11 Uhr Demaskierung. Am 12 Uhr Kaffeepause.
Während der Kaffeepause: **Große Ueberraschungen.**
Anfang 7 Uhr. **Entree 50 Pf.**
Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen. Das Comité.
Biletts sind in allen mit Plakaten belegten Lokalen und bei W. Pape,
Mantuffelstr. 31, im Keller, sowie bei Fleischer, Höchststr. 11 II. zu haben.

Pape's Salon (früher Knebel), Badstr. 58.

Sonntag, den 26. Februar 1893:

Concert und Theater-Vorstellung,

arrangirt vom

Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts II“
(Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes),
unter gest. Mitwirkung des Bergnützlichkeitsvereins „Amor II“ (Mitgl. d. Bundes
der gef. Arb.-B.) und verschiedener Spezialitäten.

Zur Aufführung gelangt: „Die Bismarckspende“.

Nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.** Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pf. nach. **Entree 20 Pf.** Anfang 6 Uhr.
Programme sind zu haben bei Brauns, Reinbergerstraße 71, Kunkel,
Tresckowstr. 17, I. Port. 3 Tr., Hopp, Anklamerstr. 30, Wedding-Casino,
Schulstr. 29, Bergemann, Prinzen-Allee 10, Pape, Badstr. 58, Schmidt,
Oberbergerstr. 50. 158/2*

Da der etwaige Ueberschuss zu einem sehr guten Zweck
bestimmt ist, bitten wir unsere Freunde, Gönner und Genossen um
recht zahlreichen Besuch. **Der Vorstand.**

**Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer
gewerblicher Arbeiter (Filiale Berlin E).**

Am Sonnabend, den 18. Februar 1893, im Schultheiss,
früher Giskeller, Chausseestraße 88:

Grosser Wiener Maskenball

arrangirt von Mitgliedern obiger Kasse.

Den Mitgliedern zur Kenntniss, daß der Ueberschuss für unseren In-
validenfonds bestimmt ist. 307/1
Biletts, Herren 50, Damen 30 Pf. sind auf allen Zahlstellen zu haben.
Anfang 9 Uhr. Das Comité.

Gr. Wiener Maskenball

der Schneider und Schneiderinnen Berlins

am Sonntag, 12. Februar, in den Gesamtträumen der
„Berliner Ressource“, Kommandanten-Strasse 57.
Um 11 1/2 Uhr großer Festzug: Sokrant mit seiner Anüppel-Garde.
Um 12 Uhr Demaskierung.

Während der Kaffeepause: **Deklamationen.**
Eröffnung 8 Uhr. Anfang 9 Uhr. Entree 50 Pf.
Biletts sind bei den bekannten Kollegen und in allen mit Plakaten be-
legten Handlungen zu haben. Zu zahlreichem Besuch ladet ein
272/14* **Die Agitations-Kommission.**

Grosser Wiener Masken-Ball

des
Unterstützungs-Bereins der Maurer des Westens Berlins
Sonnabend, den 18. Februar 1893,
im Etablissement Königshof, Bülowstraße 37.
Anfang 8 Uhr.

Biletts à 50 Pf. sind bei folgenden Komitee-Mitgliedern zu haben:
Rahn, Pallaststr. 5; Böhm, Kolonnenstr. 34; Dominique, Wahnstr. 6a; Ribbe,
Lühov-Ufer 22; Gensel, Steinmehlr. 67. 246/2*

Das Komitee.

**Achtung, II. Wahlkreis!
Bockbrauerei:**

Heute letzter Sonntag: 18006
Gemüthliches Beisammensein
mit nachfolgendem Tanz.

Köpenick.

Allen Genossen zur Nachricht, daß
der diesjährige **Vot-Nachricht** am Son-
tag stattfindet. **A. Schulz,**
3672 8 Schönfelder-Strasse 9.

Bäckerei

in der Friedrichstadt ist Umstände halber
sofort zu verkaufen. Näheres in
Tschender's Restaurant, Görlitzerstr. 61.

Kanarienhähne w. verkauft Jagow-
straße 12, Quergeb. 2 Tr. links. 18166

Baldvögel, Kanarienvögel, große
Auswahl, bill., Schnelle,
Große Frankfurterstr. 12. 18035

Kanarienhähne ff. Hohl- und Klingel-
roller m. Kiorre (Stamm B. Trute).
Weibchen à 2,50 M. verkauft Bülow,
Rylestraße 3, 1 Tr., am Wasserturm.

Fertige Betten, großer Stand,
Oberbett, Unter-
bett, 2 Kopfkissen, mit gereinigten neuen
Federn, 12 Mk. **Fertige Julets**
Bettwäsche, Matratzen, alle Arten
Stepp-, Schlaf- u. Bettdecken, Polster-
bettsstellen empfiehlt billigt das als
streng reell bekannte, 1870 begründete
Spezial-Geschäft von **S. Pollack,**
Oranienstr. 61, am Moritzplatz.

Gardinen-Neste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbilligst in
der **Grüner Weg 80,** part. Eing.
Fabrik **Bog 80,** vom Flur.

Zur Einsegnung

empfehle einen Posten schwarzen rein-
wollenen **Cachemirs,** doppeltbreit,
Mtr. von 1 M. an. [36682*
Einen Posten schwarzer u. couleurer
Fantasiestoffe in schönsten Mustern,
doppeltbreit, Mtr. von 1,10 M. an.
Wilhelm Jacoby, Oranienstr. 18,
Ede Heinrichsplatz.

*Empfehle mich den Parteigenossen zur
Anfertigung von **Ferringerarderobe**
jeder Art. Reparaturen schnell und
billig. **G. Richter,** Kärstr. 163, v. IV.

Rohtabak

Das reichfortirte Lager in allen
in- und ausländischen Rohtabaken
und in allen Preislagen empfiehlt

W. Lindenstädt,
Brunnenstr. 134,
Landsbergerstr. 72.

M. Krüger's 18016*
Speise-Weinöl ist das anerkannt Beste.
Fabrik-Lager Stalitzerstr. 105.

Waschinen-Reparaturwerkstatt,
Centrum Berlins, ist anderer Unter-
nehmungen halber mit 1000 M. Ing.
billig zu verk. od. auch zu verm. Offert.
abzug. an H. Soccejus, Gubenerstr. 12, I.

Stoffische, Klippische

vorrätig in der Markthalle Kärstrasse.
Fremdl. kleine Wohnungen mit
Wasserl., 50-55 Thlr., zu vermieten in
Rixdorf, Prinz Sanbjergstr. 50. 18136*

Arbeitsmarkt.

Ein **Seifenschneider** auf Hausseife
wird verlangt; Bewerber mit durchaus
guten Empfehlungen werden nur be-
rückichtigt. Rixdorf, Max Goerick e,
Steinmehlr. 64/65. 36712*

Geehrte Arbeiterinnen
auf Anaben-Stoffanzüge finden dauernd
lohnende Arbeit bei **G. Michaelis,**
Chausseestr. 123. 47/18

Wendlerin und Einfasserin auf Pan-
toffeln und Schuh verlangt **Entrich,**
Langestr. 23, vorn 2 Tr. 1317*

Ein Lehrling, Sohn achtbarer Eltern,
verlangt **G. Scharnow,** Uhrmacher,
Oranienstr. 152. 36742*

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesell-
schaft sucht für Berlin u. die Provinz
thätige **Haupt- u. Special-Agenten.**
Hohe fortlaufende Bezüge event. auch
festes Gehalt werden zugesichert.
Offerten unter **O. P. 2** nimmt die
Expedition entgegen. 9635*

Langjähriger Parteigenosse, gewandt,
Redner, sucht per sofort oder 1. April
Stellung als [36662

Redakteur oder Expedient
ev. ähnlichen Posten. Offert. wolle man
an d. Exp. d. Bl. unt. H. 2. einsenden.

Freireligiöse Gemeinde.

Rosenthaler-Strasse Nr. 38.
Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr:
Vortrag von Herrn Dr. Pinn:
**Kultus und Kultur der alten
Deutschen.**
Abends 7 Uhr: Gesellige Versamm-
lung (nur für Mitglieder) und Vortrag
von Herrn Waldeck-Manasso über:
„Der Freiheitsgedanke in Schiller's
Dichtungen.“

Gattler!

Am 18. Februar, Abends 9 Uhr, in
der Brauerei Friedrichshain, fr. Lips:
Gr. Wiener Maskenball,
veranstaltet vom

Verein der Sattler und Fagen.
Biletts à 60 Pf. sind zu haben bei
G. Pfann, Admiralstraße 15; G.
Marste, Lübbenerstr. 24; C. Schwarzer,
Vorfigstraße 3a; F. Sadowitz, Vorfig-
straße 25; H. Briz, Höchststr. 51; H.
Fischer, Tiefstr. 26; H. Schulz, Benne-
witzstraße 14. — Um rege Beteiligung
ersucht 262/1* **Der Vorstand.**
Die nächste Versammlung
findet am Dienstag, 14. Februar,
Abends 9 Uhr, im Restaurant Holz-
marktstraße 3 statt.

**Verein zur Wahrung der
Interessen d. Stockarbeiter**

Dienstag, d. 14. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
bei Holz, Alte Jakobstraße 75:
Versammlung.

**Verband
deutscher Korbmacher.**

(Filiale Berlin.)
Montag, den 13. Februar, Abds. 9 Uhr,
bei Holz, Adalbertstr. 21:
Versammlung.
194/12 **Der Vorstand.**

**Fachverein d. Tapezierer
Berlins und Umgegend.**

Montag, den 13. Februar cr.
Abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung

bei Herrn Holz, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Bahr. 2. Dis-
kussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
311/10 **Der Vorstand.**

**Kranken-Unterstützungs-Bund
der Schneider und Bernisgen.**

Dienstag, den 14. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
Kommandantenstraße 20:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
Abrechnung vom 3. Quartal; Bericht-
erstattung über Anschlag an die Ver-
einigung freier Hilfsklassen; Ver-
schiedenes. Um zahlreichem Besuch bittet
278/3 **Die Lokalverwaltung.**

Fachvereins der Stellmacher

findet nicht Montag, den 12. d. Mts.,
wie in der gestrigen Nummer steht,
sondern **Sonntag, den 12. d. Mts.,**
statt.

**Mitglieder-Versammlung
der Tabakarbeiter Deutschlands**

(Eingefchr. Hilfsklasse, Sitz Hamburg,
Berlin I)
am Montag, den 13. Februar, Abends
9 Uhr, bei Herschleb, Adalbertstr. 4.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom
4. Quartal 1892. 2. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
322/4 **Der Vorstand.**
J. A. v. Pregel.

**Verband der in der
Kürschnerbranche**

besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Montag, den 13. Februar cr.,
Abends pünktlich 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

Landsbergerstr. 31 bei Seehausen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen R. Köster
über die Entwicklung und Errungen-
schaften der Astronomie.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
190/4 **Die Ortsverwaltung.**

* **Maskengarderobe,** neu, f. Herren
und Damen, preiswerth, Hochzeitskleider,
Gesellschafts- u. Ballkleider, Reanderstr. 34.

**Großes, helles Parterre-Fabrik-
lokal,** in dem Metallgießerei betrieben
wurde — auch für jeden anderen Zweck
geeignet — ist zu vermieten. Näheres
b. **S. Cohn jr.,** Wassergrasse 21. [11422